

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich d. illustrierter Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Tragerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 5 Pfg.

# Volkswacht

Anzeigenpreise:  
Die halbpaltene Zeilzeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3 gepaltene Zeilzeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.  
Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt  
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 69

Danzig, Montag den 25. Mai 1914

5. Jahrgang

## Politisch oder sentimental

Von Franz Mehring.

In den parlamentarischen Verhandlungen der letzten Wochen, sowohl des deutschen Reichstages wie des preussischen Abgeordnetenhauses, ist vielfach der politische Kleinriegel berührt worden, der in dem Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte gegen die Bemühungen der Arbeiterklasse geführt wird, sich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft und mit Mitteln, die von ihr selbst durchaus erlaubt sind, einen bescheidenen Anteil an den Schätzen der modernen Kultur zu erwerben.

Es handelt sich dabei um die politische Drangsalierung der Gewerkschaften, die behördliche Beeinträchtigung von den Genossenschaften gegründeten „Volkswacht“, der Bildungsbestrebungen, der Jugendbewegung, der Freien Volksbühne usw. Selbst die abgebrühtesten Reaktionen können nicht leugnen und geben sich auch gar nicht einmal die Mühe zu leugnen, daß in diesem Bestreben viel Notwendiges und Nützliches steckt und daß sie, unabhängig von allem Streite der Parteien, die nationale Wohlfahrt zu fördern geeignet seien. Aber, so fügen sie hinzu, ihr verdammten Sozialdemokraten könnt es nun einmal nicht lassen, in diese an und für sich ja sehr schönen Dinge eure ruchlose Politik zu mischen. So dürft ihr euch auch nicht wundern, wenn wir den politischen Angriff politisch abwehren und euch die Polizei und den Staatsanwalt ins Haus schicken, nicht nur wegen eurer sonstigen hochverräterischen Reden und Taten, sondern auch wegen solcher Bestrebungen, mit denen ihr es sonst ganz gut meinen mögt und mit denen wir uns unter andern Umständen ganz wohl befreunden könnten.

Darauf kann man nun auf zweierlei Art antworten: sentimental oder politisch. Man kann sagen: Aber was wollt ihr denn? Wir sind ja die reinen Unschuldskammer. Beweist uns doch einmal, daß wir in der Freien Volksbühne oder in der Jugendbewegung oder in den Gewerkschaften politische Agitation treiben. Wir denken ja gar nicht daran. Und nun kommt ihr und lüdnert uns auf eure falschen Vorstellungen hin mit euren Lügen und Tücken. Ist das recht, ist das vernünftig, ist das den Gesetzen und der Verfassung gemäß? Das könnt ihr nun und nimmer behaupten, und so schämt euch des schmachlichen Unrechts, das ihr an uns begeht.

Mit solchen sentimentalischen Reden hat der bürgerliche Liberalismus nun schon so manches Jahrzehnt die Prügel begleitet, die ihm die bürokratische und feudale Reaktion unablässig verabreichte. Statt ehrlich zu sagen, daß er der Reaktion herzhaft an den Leib wolle, und demgemäß die Hiebe, mit denen sie ihm zuvorkam, ihr dreifach zurückzugeben, geht er sich in keiner Stellung so sehr, wie in der Pose der geschwächlichen verfolgten Unschuld. Er befaßt immer die wahre Gottesfurcht und die wahre Königsreue, zugleich ihm weder an Gott noch am Könige, sondern nur am Profit etwas gelegen war. Allein so rührend diese sentimentalische Politik oft sein mochte, so wenig kann man behaupten, daß sie je erfolgreich gewesen wäre. Im Gegenteil ist der Liberalismus dabei heruntergekommen, er mußte selbst nicht wie, was ihn jedoch nicht hindert, immer wieder sein tränenerfülltes Auge zu den unerforschlichen Mächten der Vorsehung aufzuschlagen, wenn ihm der Stolz des Untertums auf dem Rücken tanzt.

Anders als die sentimentalische, lautet die politische Antwort auf die Behauptung der Reaktion, daß die Sozialdemokratie in alle ihre Bestrebungen die politische Agitation mischen müsse. Diese Antwort lautet etwa: Euer Gedanke ist herzlich dumm, aber, verdammt, geschieht. Mit den längsten Schnüffelnasen eurer Polizei werdet ihr nichts Politisches in den Gewerkschaften und Genossenschaften und in der Freien Volksbühne entdecken, aber euer böses Gewissen wittert doch nicht so um nichts und wieder nichts Unrat hinter diesen Bestrebungen, die eure eigenen Wälfen loben und eure eigenen Gesetze erlauben. Ihr denkt wohl gar, daß die Arbeiter sich nicht deshalb an den Dramen Goethes und Schillers begeistern, um daraus neue Geduld zu schöpfen für ihren Sklavendienst in eurer lieblichen Gesellschaft? Oder daß die Arbeiterjugend sich nicht deshalb fortzubilden sucht, um desto tapferer zu hungern und desto lauter „Heil Dir im Siegertranz“ zu singen? Wenn ihr so dachtet, so wäret ihr ganz auf dem richtigen Wege; die Tugend des harmlosen Gottvertrauens ist der modernen Arbeiterklasse nur in winzigem Maße beschieden.

Wenn sie sich durch Mittel, die auch nach allen bürgerlichen Begriffen erlaubt und sogar lobenswert sind, einen Anteil an den Schätzen der modernen Kultur zusichern will, so geschieht es wahrlich nicht, um sich für euren Frondienst geschickter zu machen oder euer Joch leichter zu tragen. Daraus weiß ihre Seele nichts. Sie will sich vielmehr geschickter und kräftiger und stärker machen für den großen Emanzipationskampf, der sie aus den Fesseln der Lohnsklaverei befreien soll;

sie schmachtet nach Vernunft und Wissenschaft, „des Menschen allerstärkster Kraft“, um diese Kraft im Interesse ihrer Klasse zu verwenden. Das dämmert euch allmählich auf und daher euer Abscheu vor den Bestrebungen, von denen ihr selbst zugebt, daß sie der modernen Kultur dienen, aber von denen ihr fürchtet, daß sie eure Ausbeuterinteressen schädigen könnten. So sehr ihr aber sonst daran gemöhnt seid, eure eigenen Prinzipien um eures Profites willen zu verschlucken, so ist euch die ganze moderne Kultur doch ein zu harter Wissen, um sie auf einmal zu verschlingen, und so habt ihr das Geschmuse erfunden, man müsse der Arbeiterklasse den Weg zur modernen Kultur verlegen, weil sie sonst ihre „politische Agitation“ hineinmischen könne. Das mag noch verwünscht geheißen sein, denn so herzlich dumm seid ihr bei alledem doch nicht, daß ihr selbst daran glaubt.

Herzlich dumm aber ist es, wie ihr eurem Geschmuse zum Leben verhelfen wollt. Mit politischen Nadelstichen wollt ihr den stürmischen Andrang einer weiterfesten und weiterharten Klasse zur modernen Kultur hemmen? Ah bah, ihr Edelsten und Besten, laßt euch doch nicht auslachen! Glaubt ihr, die Welt wiese nicht mit Fingern auf euch, wenn ihr Goethe und Schiller für die Arbeiterjugend mit dem großen Banne belegt, aus Angst um eure Geldsäcke? Aber bei alledem — so kindisch diese eure Politik ist, so hat sie doch eine recht vernünftige Wirkung, für die wir nicht un dankbar sein wollen.

Alle jene Bestrebungen, die zwar zum großen Emanzipationskampfe des Proletariats, aber nicht zu dessen politischen Massentampfe gehören, jagen die Gefahr einer gewissen Verweichlichung und Verzärtelung mit sich, einer gewissen Verdunkelung der eigentlichen Ziele, die uns gesteckt sind. Wenn ihr nun aber mit dem Polizeinüppel nachweist, daß es auch in diesen Dingen hart auf hart geht, daß auch hier der Kampf geführt werden muß, der den Kämpfer stärkt und stärkt, wie kein anderer, nämlich der Kampf gegen gefegte Willkür, nun, so seid bedankt, daß ihr uns so wirksam vor allem Willkürdusel, vor aller Heaterspielerei usw. behütet.

Dies wäre so etwa die politische Antwort auf das reaktionäre Geschwätz, das in den letzten Wochen so häufig gehört wurde und es scheint uns, daß sie der sentimentalischen Antwort vorzuziehen sei.

## Neue Attentate auf die Redefreiheit

Das Dreiklassenhaus erwies sich am Freitag wieder einmal seines Rufes würdig. Zunächst lehnte es den Einspruch des Genossen Liebknecht gegen den ihm in der Mittwochssitzung erteilten Ordnungsruf ab. Dieser vom Präsidenten Grafen Schwerin verhängte Ordnungsruf wegen des Bekenntnisses zum Republikanismus ist ein passendes Pendant zu dem parlamentarischen Rüge, mit der der verstorbene Erffa die Kritik des Krieges belegte. Außer unseren Genossen stimmten nur die beiden Dänen und die Mehrheit der Fortschrittler, während die Polen durch Sitzbleiben bewiesen, daß in dieser Periode der Enteignungspolitik ihre königliche Gesinnung unentzogen geblieben ist. Die Mehrheit begleitete die Abstimmung der Minderheit mit allerhand nicht gerade im Knigge verzeichnete Zurufe. Präsident Graf Schwerin ließ alles ungerügt. Die Ordnungsrufe blieben aufgespart für die Genossen Hirsch, Paul Hoffmann und Ad. Hoffmann, der im Lauf der Sitzung gleich zwei erhielt. Nicht zufrieden mit dieser freigebigen Erteilung von Ordnungsrufen, machte Präsident Graf Schwerin, der mehr und mehr in die Geleise seiner Vorgänger einzubiegen beginnt, eine Statistik auf, die beweisen sollte, daß die sozialdemokratische Fraktion einen unverhältnismäßig großen Anteil an den Debatten des Hauses nimmt. Genosse Hirsch diente dem gräßlichen Kalkulator, der die Wahrheiten Adam Riefes in seiner Art auslegte, mit der entsprechenden Gegenrechnung.

In sachlicher Beziehung brachte die Freitagsitzung die Erledigung einer Reihe Etats, von denen der Vergetat und der Etat der direkten Steuern die wichtigsten waren. Genosse Hue schilderte und geistete in einer groß angelegten Rede die Zustände in den verschiedenen Saarabians an der Saar, an der Ruhr und wo sonst im preussischen Vaterlande Kohle gefördert wird. Die Grubenbarone exportieren billige deutsche Kohlen ins Ausland und importieren billige Polen ins Inland. Diese eigenartige Manifestation des staatserkaltenden Patriotismus findet die vollste Förderung seitens der Behörden. Speziell die Bergbehörde fñhlt sich nicht als Organ eines wenigstens scheinbar auf Parität haltenden Staates, sondern vollkommen als Vollstrecker der Wünsche und Forderungen der privaten Bergwerksbesitzer. Bezeichnend für ihre Haltung sind die Bescheidigungen, die sie in ihren Berichten auf die Sicherheitsmänner häuft. Bezeichnend für die Zustände in den Bergrevieren ist ferner die amtliche und außeramtliche Förderung der gelben Gewerkschaften. Sie fanden in der Freitagsitzung

eifrige Schutzpatrone in den Reihen der Nationalliberalen, während selbst der Zentrumsmann Ambusch sich zu ihrer Preisgabe genötigt sah. Mit Recht hob nachher beim Handelsetat Genosse Leinert hervor, daß der westdeutsche Nationalliberalismus mehr und mehr in den Seiben seine Kerntruppe steht. Genosse Leinert ergänzte in wertvoller Weise die Ausführung Hue, indem er nachwies, daß die Gewerbeinspektoren das Schicksal der Sicherheitsmänner teilen und in fortschreitender Masse von den Behörden den Scharmachern preisgegeben seien. Die Uhr der Sozialpolitik steht eben nicht auf Stillstand, sondern auf Rückschritt. — Beim Etat der direkten Steuern leistete sich, wie schon mehrfach in der Sitzung, die Majorität wieder einmal die Brutalität eines mundtotmachenden Schlußantrags und lehnte alsdann erneut den von der zweiten Lesung wiederholten nationalliberalen Antrag auf sechs weitere Steuererhöhungen im Hauptamt ab. Wie kann man auch Rittergutsbesitzer behandeln wollen wie die Roture von Nordhausen, dessen Magistrat man einen hauptamtlichen Einkäufer auf die Nase gesetzt hat.

Am Sonnabend geht die Beratung weiter.

## Keine Wahlreform in Bremen

Ein nichtswürdiges Wahlsystem hat Bremen. Von den 150 Abgeordneten werden 14 von den Studierenden, 40 von den großen Kaufleuten (den Kaufleuten, die Mitglieder der Börse sind), 20 von den selbständigen Handwerkern und Fabrikanten und 8 von den Großlandwirten gewählt. Also 82 von 150 die Mehrheit, werden nur von den Besitzenden gewählt. Nur auf die Wahl der Minderheit von 68 hat das Proletariat allenfalls Einfluß. Hier dürfen nur die wählen, die nicht bereits als Studierende, Kaufleute, Handwerker, Fabrikanten, Landwirte wahlberechtigt sind. Aber auch bei der Wahl der Minderheit ist der Einfluß des Proletariats künstlich stark beeinträchtigt, denn es darf nur wählen, wer freiwillig ein Bürgergeld in Höhe von 16 Mark 50 Pf. bezahlt hat. Wer zu wenig Einkommen hat, um Steuern zahlen zu können, ist wahlberechtigt. Wer aber mit seinen Steuern im Rückstand ist, darf nicht wählen. Das Recht zu wählen, beginnt im Alter von 25 Jahren. Das Wahlrecht ist geheim und direkt. Im ersten Wahlgang gilt nur als gewählt, wer mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Ist das keinem Kandidaten geglückt, so findet Stichwahl wie bei der Reichstagswahl statt.

Die Besitzenden haben sich also die Herrschaft über die „Republik“ Bremen gesichert; die Mehrheit steht ihnen als Hilfe zur Verfügung. Und auch bei der Wahl der Minderheit ist das Wahlrecht des Proletariats beeinträchtigt.

Am Donnerstag beantragten unsere Genossen in der Bremer Bürgerschaft daher die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mindestens 20 Jahren. Nationalliberalen und Fortschrittler stimmten eher den Antrag nieder.

Allerdings beantragte der frühere Reichstagsabg. Hermann das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die mindestens 25 Jahre alten Männer. Aber nach dem Antrag des „Fortschrittlers“ sollten alle vom Wahlrecht ausgeschlossen werden, die nicht seit mindestens fünf Jahren im Staate Bremen leben!

Die Durchführung dieses Antrages wäre ein sehr geringer Fortschritt gewesen, aber freilich wäre der Einfluß des Proletariats auf den bremischen Staat dadurch gewachsen. Indes stimmten die Nationalliberalen und die Fortschrittler auch diesen Antrag nieder, nur eine kleine Minderheit seiner Parteigenossen stimmte mit Herrn Hoormann für den Antrag.

Nationalliberalen und Fortschrittler erreichten gemeinsam, daß die Herrschaft der Bourgeoisie über Bremen gesichert blieb, so daß die Besitzenden nur wenig, die Proletarier viel Steuern zahlen müssen, so daß die Mittel des Staates fast nur den Zwecken der Besitzenden zu Gebote stehen und die bremische Gesetzgebung der Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie dient.

## Politische Tagesübersicht

Deutschland

Berlin, 22. Mai. Das Berliner kleine Journal (Nr. 23 vom 22. Mai) schreibt zu dem Fall Lindenau:

„Der sozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Liebknecht hat im Reichstag die schwere Unschuldigung gegen den verstorbenen Gouverneur von West, Generalleutnant Kurt von Lindenau, erhoben, daß er das ihm sichtlich bewiesene Vertrauen des Kaisers dazu benutzte, gegen Geld Titelschreiber zu beschreiben. Er hat diesen Vorwurf dokumentarisch bewiesen. Wir gestatten uns, daran zu erinnern, daß wir seit Jahren, wann immer auch von Herrn v. Lindenau die Rede

war, und es war nicht oft von ihm die Rede, daß er die  
 Stufenleiter des Glücks in rasender Schwelgerei hinauf-  
 kletterte, an dieser Stelle gelangt haben, daß ihm der Posten  
 des Kriegsministers verweigert bleiben würde, weil er dadurch  
 angefaßt seiner petuniären Lage leicht in eine überaus bla-  
 mable Situation gebracht werden könnte. Wir haben damit  
 nur andeuten wollen, was sich der Herr Dr. Liebknecht nach  
 Lindenau's Tode an die große Glocke gehängt hat. Herr  
 von Lindenau hing in Berlin bei fast allen Wucherern, seine  
 Akte wurden in den Schieber-Cafés der Friedrichstraße  
 blanco gehandelt. Schon als er noch in Erfurt war, wählten  
 die Agenten darauf hin, daß aus Gessen schiffen mit diesem  
 Manne noch Portelle anderer Art hervorzuholen, und in der  
 Tat hat sich mancher Ideal- und Ordenshungrige gefunden,  
 der seinem Ehrgeiz ein paar Braune zum Opfer brachte. Es  
 ist auch ein offenes Geheimnis, daß Herr v. Lindenau, dessen  
 militärische Fähigkeiten von seiner Seite bekräftigt werden,  
 dessen militärische Qualitäten aber über niemand mehr ge-  
 schätzt hat als der Monarch, wiederholt Unterstützungen aus  
 der kaiserlichen Privatkassa erhalten hat. Das Loch  
 seiner Schulden aber war zu groß, es ließ sich nicht mehr  
 verstopfen. Und die Wucherzinsen fraßen ihn auf. Ob es  
 nötig war, die Kasse Lindenau in ihrem ganzen Umfange  
 nach seinem Tode im Reichstag aufzurollen, ist eine Frage  
 für sich, die wohl viele anders beantworten werden, als es  
 Herr Liebknecht getan hat. Daß aber leider der Sachverhalt,  
 wie ihn Liebknecht geschildert hat, den Tatsachen entspricht,  
 kann schlechterdings nicht geleugnet werden."

Das sozialdemokratische Wahlkomitee des Kreises  
 Stendal-Osterburg hat im Einverständnis mit dem Vorstand  
 des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt  
 für die am Montag stattfindende Stichwahl folgende Parole  
 ausgegeben: Keine Stimme für Hoch! Jede sozialdemokra-  
 tische Stimme für Wachhorst de Wente!

Die Hausagrarien. Am Freitag tagte in Berlin die  
 erste Hauptversammlung des Schutzverbandes für den deutschen  
 Grundbesitz. Das Hauptreferat hielt der pensionierte Präsident  
 des Reichsverwaltungsamts, Prof. Dr. v. d. Borgh, der  
 neben seiner Pension hohe Einkünfte als Gelehrter der Haus-  
 agrarien bezieht. Seine Leistung ist die wissenschaftliche Be-  
 gründung der Forderungen der Hausagrarien. Am Freitag  
 redete er über die Bestrebungen des „Schutzverbandes“. Ueber  
 seinen Vortrag geht uns folgende Mitteilung zu:

Der Schutzverband, aus allen Schichten der Bevölkerung be-  
 stehend, — naturgemäß mit Ausschluß der Sozialdemokratie —  
 umfaßt sowohl Ständeherrn wie Bauernvereine, städtischen  
 Grundbesitz wie industrielle Korporationen. Allen bürgerlichen  
 Parteien ist der Verband dienlich, und er verfolge gemeinsam mit  
 ihnen als obersten Grundsatze — den Schutz des privaten Eigentums  
 an Grund und Boden. Das Privateigentum scheint gefährdet durch  
 den Sozialismus, der die Verstaatlichung der Produktions- und  
 Verkehrsmittel fordert, und durch die Bodenreform, die zwar  
 zunächst gerecht ist, deren Wirkung aber doch im Sozialismus  
 liegt. Diese Richtung verlangt, daß immer mehr Steuern auf den  
 Bodenbesitz gelegt werden als Steuer auf reine Bodenrente. Dies  
 bedeutet aber nichts anderes als Beseitigung des privaten Grund-  
 eigentums, das schon heute mit mehr als 4 Milliarden Mark steuer-  
 pflichtig belastet ist, welche Summe noch in aufsteigender Linie sich  
 befindet. Gegen den Sozialismus kämpft der Verband an nicht als  
 Gegner der Sozialpolitik überhaupt, sondern als Gegner einer un-  
 gegneten Sozialpolitik, die nur noch die Forderungen einzelner  
 Klassen in Furcht vor der Masse vertreibt. Der Verband ist ein Ver-  
 bündener der Wohlfahrtsbewegung. (1)

Wohl könne man die Meinung des Schutzverbandes be-  
 kämpfen. Niemand habe aber das Recht, ihm andere Motive unter-  
 zujubeln, als daß er am besten dem Vaterlande dienen wolle. In

erster Linie strebe er an, Stadt und Land miteinander zu ver-  
 binden. Der Verband trete an alle Steuerfragen unparteiisch ein,  
 wenn daran sei unzulässig, den Bodenbesitz zu überlasten. Seine  
 Erteilung müsse gesichert sein. Abgeholt werden müsse alles, was  
 konstitutionelle Tendenzen zeige.

Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß die Haus- und  
 Grundbesitzer möglichst wenig Steuern bezahlen wollen. Jede  
 Sozialpolitik liegt im Interesse des Proletariats und schädigt  
 die Bourgeoisie. Wenn das ein Merkmal „ungefunder“ So-  
 zialpolitik ist, daß sie nur im Klasseninteresse liegt und nur aus  
 Furcht vor den Massen durchgeführt wird, so ist eben jede  
 Sozialpolitik „ungefunder“.

— **Vierte Klasse nicht nobel genug!** Dem Leipziger  
 Verlagsbuchhändler Hofrat Weber war der Kronenorden vierter  
 Klasse verliehen worden. Weber, der sich zurzeit auf einer  
 Geschäftsreise in Amerika befindet, hat diesen Orden zurück-  
 gemeldet. — Der Herr Hofrat hat sicher keine allgemeine Ab-  
 neigung gegen Orden; nur erschien ihm der Orden vierter  
 Klasse offenbar nicht sehr wertvoll. Hoffentlich geht es ihm, wie  
 dem Erbprinzen des Kaiserreichs, auch einen Orden  
 zehnte, und dadurch erreicht, daß er einen höheren bekommt.  
 Vielleicht wendet sich Hofrat Weber einmal vertrauensvoll  
 an Herrn Dr. Ludwig vom Reichsverband. Wenn der Herr  
 Hofrat sich die Sache etwas kosten läßt, wird sich durch ein  
 geeignetes Zugumzug-Geschäft vielleicht sogar der rote  
 Adlerorden I. Klasse herauschlagen lassen.

### Dänemark

Der Sieg des demokratischen Wahlrechts. Die Linke,  
 die radikale Linke und die Sozialdemokraten, die die Mehrheit  
 der beiden Kammern bilden, einigten sich am Freitag end-  
 gültig, in Verbindung mit der Verfassungsvorlage, über die  
 bereits von ihnen eine Einigung erzielt wurde, über die Wahl-  
 gesetzentwurf. Die Verfassungsvorlage wird binnen kurzem  
 vom Reichstage angenommen werden.

## Danziger Nachrichten

Die Gewährung von Stillprämien aus Gemeindefonds.

Eine Forderung für die kommenden Stadtwahlverordnungen.  
 Seit uns die Statistik einen auffälligen Rückgang der  
 Zahl der Geburten zeigt, hat die Säuglingsfürsorge eine größere  
 Beachtung und einen größeren Umfang gewonnen. Bietet  
 ja auch ein wirklicher Mutterschafts- und Kleinkinderschutz ein  
 ausgiebiges Mittel zur Bekämpfung der Abnahme der Bevölke-  
 rung. Allein durch die Verminderung der Säuglingssterblich-  
 keit auf das natürliche Maß wird einer Entvölkerung vor-  
 gebeugt. Man hat eine Reihe von Institutionen ins Leben ge-  
 rufen, um das Interesse für diese Bestrebungen zu fördern:  
 eine deutsche Vereinigung für Säuglingsfürsorge, regelmäßige  
 Kongresse für Säuglingschutz, in den einzelnen Bundesstaaten,  
 wie Preußen und Bayern, Zentralstellen und Landeskonferen-  
 zen für Säuglingschutz usw.

Ein anerkannt wirksames Mittel auf dem Gebiet des  
 Säuglingschutzes ist die Förderung des Selbststillens der  
 Säuglinge durch ihre Mutter. Da meist wirtschaftliche Gründe  
 das Selbststillen eingeschränkt haben, ist man dazu gekommen,  
 durch Stillunterstützungen und Stillprämien das Stillen wieder  
 zu fördern.

Alle die erwähnten Institutionen zur Förderung der  
 Säuglingsfürsorge haben in ihrer Propaganda ebenfalls immer  
 großen Wert auf die Stillbeihilfen gelegt. Namentlich sind  
 wiederholt die Gemeinden darum angegangen worden, solche  
 Beihilfen aus öffentlichen Mitteln zu gewähren. Die Tätig-  
 keit ist auch nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Zurzeit werden  
 in 300 dänischen Gemeinden Stillbeihilfen in irgend einer Form  
 gewährt. 165 Gemeinden gewähren Stillprämien in Geld.  
 Die Form ihrer Verteilung ist außerordentlich verschieden.  
 Zuweilen wird die Prämie nur in einem einzigen Geldbetrag,  
 zuweilen in gleichbleibenden wöchentlichen oder monatlichen  
 Raten verabreicht. Winter steigt oder fällt auch die Prämie  
 mit der zunehmenden Dauer der Stillzeit. Im Durchschnitt  
 wird die laufende Stillprämie ein Vierteljahr lang gewährt.  
 Vielfach wird nach einem weiteren Viertel- oder Halbjahr, oder  
 noch später, eine Schlussprämie gezahlt. Häufig beginnt die  
 Prämie erst einige Wochen nach der Geburt, vereinzelt wird sie  
 im Sommer höher bemessen wie im Winter, oder sie gelangt  
 im Sommer nur zur Verteilung. Im Durchschnitt mag die  
 Höhe der Prämie etwa 2 Mark bis 2,50 Mark wöchentlich be-  
 tragen. In Schöneberg erhalten diejenigen Frauen, die länger  
 als sieben Monate die Brust geben, auf den Namen des Kindes  
 ein Spartassenbuch ausgestellt. Die Eintragungen erfolgen, bis  
 das Kind das erste Lebensjahr vollendet. Das Buch wird der  
 Mutter ausgehändigt, wenn das Kind zwei Jahre alt gewor-  
 den ist.

Die andere Form der Unterstützung an stillende Mütter  
 ist die Stillbeihilfe in Naturalien. Sie wird in 185 Gemeinden  
 Deutschlands gewährt. In den meisten Fällen wird direkt die  
 Milch gewährt, in der Regel 1 Liter pro Tag auf die Dauer  
 eines Vierteljahres. Die Milch wird meist in „Milchbüden“  
 bereitet und abgegeben. In großen Orten sind Abgabestellen  
 in den einzelnen Stadtteilen eingerichtet; Hamburg zählt deren  
 3. B. Charlottenburg 3 usw. Manche Gemeinden gewähren  
 daneben auch noch Nahrungsmittel. So gewähren Vosen  
 Wöchnerinnenbrot, Lönneberg a. L. und Ohligs Stärkungsmittel  
 zur Förderung der Milchzeugung. Wiesbaden zu dem-  
 selben Zwecke „Lactogol“ usw. Charlottenburg gewährt auch  
 bedürftigen Schwangeren eine Borennahrung zur Stärkung.

Die meisten der in Frage kommenden Gemeinden be-  
 sitzen eine Säuglingsfürsorge- oder Mutterberatungsstelle und  
 verpflichten die Empfänger der Unterstützung, diese Stellen  
 zu besuchen. Hier findet die Kontrolle statt, ob die Mutter  
 wirklich stillt, hier erhält auch die Mutter die nötigen Auf-  
 klärungen für die Pflege des Kindes. Wo die genannten Ber-  
 atungsstellen nicht vorhanden sind, wird die Kontrolle der  
 Mütter meist von „Aufsichtsdamen“ ausgeübt. In 15 Gemein-  
 den Deutschlands gibt es auch Stillstuben, die großen Fabriken  
 angegliedert sind. In einer Anzahl Gemeinden (z. B. Bran-  
 denburg a. d. H., Krefeld, Birna usw.) sind die Hebammen ver-  
 pflichtet, jeden Fall des Nichtstillens dem Kreisarzt anzuzeigen.  
 In vielen Orten (z. B. Bremen, Buzlaw, Dresden usw.) er-  
 halten die Hebammen Prämien, wenn ein großer Teil ihrer  
 Wöchnerinnen selbst stillt. In Stralsburg i. Ost. besteht eine  
 Kinderheilstätte.

Von den Gemeinden geben (nach der Zeitschrift für Säug-  
 lingschutz) 248 ihre Aufwendungen für die Stillbeihilfen mit  
 zusammen 708 700 Mark pro Jahr an. Sie betonen ausdrück-  
 lich, daß sie die Stillbeihilfen nicht als Armenunterstützung an-  
 sehen und ihr Bezug nicht den Verlust irgend welcher Bürger-  
 rechte nach sich zieht. In bezug auf die absolute Höhe dieser  
 Ausgaben steht Berlin mit rund 180 000 Mark oben an. Viel-

## Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

(45)

Seine beiden Leidensgenossen hielten sein Schweigen  
 für einen grausamen Schimpf, und als gesellige Natur suchte  
 Brotaeug ihre Neugier zu befriedigen. Wie sie jedoch erfuhren,  
 daß er ein „politischer Verbrecher“ sei, einer von denen, deren  
 leichtes Vergehen in Worten oder Gedanken bestand, bezeugte  
 sie ihm weder Achtung noch Sympathie. Die Missetaten dieser  
 beiden Mitgefangenen hatten mehr Erdschwere; der älteste  
 war ein Mörder, der jüngere hatte Affignate gefesselt. Beide  
 hatten sich in ihre Lage gefügt und waren beinahe zufrieden  
 damit. Möglich kam Brotaeug auf den Gedanken, daß da  
 über seinem Kopfe Leben, Licht, Wärme und Bewegung war,  
 daß die hübschen Verkäuferinnen des Justizpalastes hinter ihren  
 Auslagen von Parfümerien und Spezereien standen und den  
 freien und glücklichen Passanten zulächelten, und diese Vor-  
 stellung steigerte seine Verzweiflung noch.

Die Nacht kam, fast unmerkbar in der Stille und dem  
 Dunkel des Kerkers, und doch launisch und unheimlich. Ein  
 Bein auf der Bank ausgebreitet und den Rücken gegen die  
 Wand gelehnt, schloß Brotaeug ein. Er träumte, wie er vor  
 einer dichten Hecke saß, in der die Vögel sangen. Die unter-  
 gehende Sonne goß flüssige Flammen über den Haug aus und  
 umfärbte die Ränder der Wälder mit Purpur. Die Nacht ging  
 vorüber. Ein brandendes Fieber verzehrte ihn, und gierig  
 trank er seinen Wasserkrug bis zur Reize aus; doch das Wasser  
 vermehrte sein Uebel noch...

Am Morgen brachte der Gefängniswärter ihm seine  
 Suppe und versprach ihm, wenn er zahlte, eine bessere Zelle mit  
 eigener Befestigung, sobald Platz wäre, was nicht lange dauern  
 konnte. In der Tat holte er den alten Finanzmann schon am  
 zweiten Tage aus seinem Kerker. Bei jeder Stufe, die er  
 emporstieg, fühlte Brotaeug seine Lebenskraft zurückkehren, und  
 als er auf den roten Steinfliesen einer Zelle ein Guribett mit  
 einer üblen Bollede liegen sah, weinte er Freudenstränen.  
 Das vergoldete Bett mit den schwebelnden Tapeten, das er einst  
 für die schönste Tänzerin der Oper hatte anfertigen lassen, war  
 ihm nicht so löchlich erschienen und hatte ihm nicht solche Worte  
 verheißt.

Diese Guribett stand in einem großen, ziemlich reinlichen  
 Saal neben sieben anderen, die durch hohe Bretterwände von  
 einander abgetrennt waren. Die Leute, die hier wohnten,  
 trübere Stille, Kaufleute, Bankiers und Handwerker, gefesselt  
 dem alten Zöllpächter, der sich mit Menschen jeden Schlages zu  
 stellen wußte. Er bemerkte, daß diese Menschen, die gleich ihm  
 jeder Freude beraubt waren und die von Henters Hand sterben

hollten, lustig und sehr zu Rekerien aufgelegt waren. Da er  
 die Menschen gering schätzte, so hielt er die gute Laune seiner  
 Mitgefangenen für Leichtsin und glaubte, daß sie sich von ihrer  
 Lage keinen rechten Begriff machten. In dieser Ansicht be-  
 stärkte ihn die Wahrnehmung, daß die Klügsten unter ihnen  
 nie traurig waren. Bald jedoch bemerkte er, daß die Lustig-  
 keit der meisten von Wein- und Schnapsgenuß kam, wodurch sie  
 etwas Heftiges, ja bisweilen Tolles erbielt. Nicht alle waren  
 mutig, aber alle taten so. Dies überraschte Brotaeug nicht.  
 Er wußte, daß die Menschen gern ihre Grausamkeit, ihren  
 Jörn, ja selbst ihren Geiz zugeben, aber nie ihre Freiheit, denn  
 dieses Beständige würde sie bei den Wilden, ja selbst unter  
 zivilisierten Menschen in Lebensgefahr bringen. Deshalb dachte  
 er, sind alle Völker so tapfer, und alle Heere bestehen nur aus  
 Heiden.

Doch mehr noch als durch Wein und Brautwein wurden  
 die Gefangenen durch das Klirren der Waffen und Schlüssel,  
 das Anrücken der Schloßer und den Ruf der Wachen, den Schall  
 der Schritte vor der Tür des Gerichtssaales herauscht und in  
 Schwerkmut, in Laumel oder Kaserei versetzt. Es kam vor,  
 daß sich einer mit einem Kassermetz die Kette durchschneidete  
 oder sich zum Fenster hinausstürzte.

Brotaeug war seit drei Tagen in Selbstbefestigung, als  
 er durch den Schloßer hörte, daß der Vater Longuemare auf  
 dem faulen, von Ungezieser wimmelnden Stroh bei den Dieben  
 und Wördern eintreffend verlor. Er sorgte dafür, daß er in sein  
 Zimmer heraufgebracht wurde, wo ein Bett freigegeben war.  
 Doch da der alte Zöllpächter, der sich verpflichtet hatte, für den  
 Mönch zu zahlen, selbst keine großen Schätze besaß, so kam er  
 auf den Einfall, Porträts für einen Taler zu machen. Durch  
 einen Gefängniswärter verschaffte er sich kleine schwarze Nah-  
 men, in die er Arbeiten aus Haaren einsetzte, die er ziemlich ge-  
 schickt machte. Solche Arbeiten waren sehr gesucht in einem  
 Kerker von Menschen, die gern ein Andenken hinterlassen  
 wollten.

Der Vater Longuemare blieb stark an Herz wie an Geist.  
 In Erwartung seines Erscheinens vor dem Revolutionstribunal  
 bereitete er seine Verteidigung vor. Er trennte seine Sache  
 nicht von der Kirche und hatte sich vorgenommen, seinen Rich-  
 tern die Mißstände und Bergernisse vorzuhalten, welche die  
 bürgerliche Gesetzgebung der Brant Christi bereite. Er wollte  
 ihnen darstellen, wie die älteste Tochter der Kirche einen gottes-  
 lästerlichen Krieg mit dem Papste führte, wie der französische  
 Klerus ausgeplündert, vergemässigt dem Kaiserregiment innigste  
 unterworfen, wie die Ordensgeistlichen, die wahren Gottes-  
 freier, beraubt und auseinandergeprengt wurden. Er zitierte  
 Gregor den Großen und den heiligen Irenäus, führte zahlreiche  
 Artikel des kanonischen Rechts und lange Paragraphen der  
 Dekretalen an.

Den ganzen Tag über saß er am Fuße seines Bettes und  
 frickelte auf seinen Knien, tauchte Federkiele, die bis an die  
 Federn abgenutzt waren, in Tinte, Ruß, Kaffeekaff und be-  
 deckte Füllbüsse, Packpapiere, Zeitungen, Bücherhüllen, alte  
 Briefe, Rechnungen und Spielkarten mit unlesbarer Schrift;  
 ja er dachte schon daran, auf sein Hemd zu schreiben, nachdem  
 er es hatte stärken lassen. Er häufte Blatt auf Blatt, und auf  
 dieses unlesbare Geschreibsel weisend, sagte er:

„Wenn ich vor meine Richter trete, werde ich sie mit Nicht  
 überfluten.“

Eines Tages warf er einen befriedigten Blick auf seine  
 immer mehr anschwellende Verteidigungsschrift und rief im  
 Gedanken an die Richter, die es ihn zu überzeugen drängte:

„Ich möchte nicht an ihrer Stelle sein!...“

Die Gefangenen, welche das Schicksal in diesem Kerker  
 vereint hatte, waren teils Royalisten, teils Föderalisten; ja  
 sogar ein Jakobiner war darunter. Ueber die Art, wie die  
 Staatsgeschäfte zu führen seien, gingen ihre Meinungen aus-  
 einander, aber keiner hatte mehr einen Hauch von Christentum.  
 Die Feuillants, die Konstitutionellen und die Grundrisen fan-  
 den wie Brotaeug den lieben Gott zwar sehr schlecht für sich  
 selbst, aber ausgezeichnet fürs Volk. Die Jakobiner setzten an  
 Stelle Jehovas einen Jakobinergott, um die Autorität des Sa-  
 kobinertums zu erhöhen. Da aber keiner von ihnen, welcher  
 Partei er auch angehörte, es sagte, daß ein Mensch so wider-  
 sinnig sein könnte, an eine Offenbarungsreligion zu glauben,  
 so hielten sie den Vater Longuemare für einen Schelm, zumal  
 sie merkten, daß es ihm nicht an Geist fehlte. Ohne Zweifel,  
 um sich auf sein Martyrium vorzubereiten, bekannte er bei  
 jeder Gelegenheit seinen Glauben, und je ehrlicher er es meinte,  
 um so mehr erschien er als Betrüger.

Umsonst verbürgte sich Brotaeug für die Ehrlichkeit des  
 Mönches. Auch von ihm nahm man an, daß er nur einen Teil  
 von dem glaubte, was er sagte. Seine Ideen waren zu ab-  
 sonderlich, um nicht für gefühlt zu gelten, und sie befriedig-  
 teichten Schwindler; dagegen versetzte er Voltaire unter die  
 höflichen Menschen, ohne ihn jedoch dem liebenswürdigen  
 Götter, Diderot oder dem Baron Holbach gleichzustellen nach  
 seiner Meinung war Boulanger\*) das größte Genie seiner Zeit.

\*) Ein unbedeutender Literat der Aufklärungszeit (1722—59).  
 Auch den Astronomen Calande sowie Dupuis, den Verfasser  
 einer „Bemerkung über die Entstehung der Gestirne“, schätzte  
 er sehr. Die Wigboldes des Kreises suchten den armen Bar-  
 nabiten auf alle Weise zu foppen, doch er merkte es nie; sein  
 seltener entging allen Fellen, die man ihm stellte.

## Aus Westpreußen

### Eine Herausforderung!

Die Vorgänge, die sich am 18. Mai im preussischen Dreiklassenparlament abspielten, bedeuten eine freche Herausforderung des preussischen Volkes! Um was handelt es sich? Am 20. Oktober 1908 verlas Wilhelm II. bei der Eröffnung des preussischen Landtages eine Thronrede, in der es wörtlich hieß: „Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstattung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entsprecht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart nannte, ist seit jener Thronrede immer noch auf dem alten Fleck geblieben! Noch immer herrscht das ebenso umständliche, wie sinnlose indirekte Wahlverfahren, das nur dazu dient, den Wahlberechtigten das Wählen nach Möglichkeit zu vereiteln, noch immer besteht „zu Recht“ die öffentliche Stimmabgabe, die dem niederträchtigsten Terrorismus Tür und Tor geöffnet, noch immer leidet Preußens Volk unter der Dreiklassenschmach, die das politische Recht abnimmt nach der Größe des Geldsackes, die dem reichgewordenen Bordelwecker unter Umständen das Dreihundertfache des politischen Einflusses gewährt gegenüber dem fleißigen und ehrlichen, aber armen Arbeiter. Als die Serie des Widerstandes gegen jede ernstliche Wahlreform galt inner halb der preussischen Regierung seit Jahren der Minister des Innern, der reaktionäre Junker von Dallwitz. Seinen agrarischen Massengewossen mit Haut und Haaren verschrieben, hatte dieser ehemalige Kanakrebell für den Gedanken der Wahlreform niemals etwas anderes als versteckte Feindschaft oder offenen Hohn. Jetzt endlich, im Frühjahr 1914, wurde Preußen von diesem unerträglich gewordenen Minister des fleischgewordenen Rückschritts auf allen Gebieten erlöst — das freiheitsliebende, von demokratischen Traditionen erfüllte Volk bestraft, daß man ihm den preussischen Junker Dallwitz als Statthalter gab. Dallwitz ging und Loebell kam! Wie fast stets in solchen Fällen begrüßte die Presse der unheilbaren liberalen Illusionspolitiker den neuen Mann mit Jubeltönen. Loebell, einstmals Bülow's Handlanger, sei, so hieß es, der Mann, der für Preußen endlich so etwas wie den Anfang einer liberalen Zeit herbeizuführen berufen sei — er sei der Minister der Wahlrechtsreform! Jeder Einsichtige mußte diesen liberalen Hoffnungen von vornherein mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen. Wußte man doch, daß Herr von Loebell früher, als konservativer Parlamentarier, mitten in den Reihen der reaktionärsten Junker gesessen hatte und für Ausnahmegeetze gegen die Arbeiterbewe-

gung eingetreten war. Also war schärftes Mißtrauen dieser Klasse gegenüber von vornherein selbstverständliche politische Pflicht. Die Erklärungen aber, die am Montag, den 18. Mai, der neue Minister des Innern im preussischen Dreiklassenparlament über die Frage der Wahlreform abgegeben hat, läßt über die schlimmsten Erwartungen noch bei weitem! Schroff und unzweideutig sprach sich dieser angeblich „liberale“ Minister gegen jede Demokratisierung des preussischen Wahlrechts aus und selbst die — ach so bescheidenen — Anträge des freisinnigen Abgeordneten Dr. Pachnicke, ob man, wenn schon nicht eine ernsthafte Wahlreform, so doch wenigstens eine Abstellung der allerschwersten Mißstände des heute geltenden Wahlrechts von ihm erwarten dürfe, beantwortete dieser „Minister der Wahlreform“ mit einem starren und schroffen Nein! Na — der Mann wagte es, die Frage der Wahlreform, die Wilhelm II. eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart genannt hatte, als verhältnismäßig bedeutungslos hinzustellen, er wagte es, zu erklären, daß er sich über diese Zentralfrage der preussischen nicht nur, sondern der gesamten deutschen Politik überhaupt noch kein Urteil gebildet habe! Und doch ein Mann kam in Preußen Minister werden, er kann Minister bleiben, ohne auf der Stelle durch einen Sturm der Volksempörung von seinem Platze gefegt zu werden! Solch ungeheuerliches Schauspiel ist heute noch in Preußen, aber es ist auch nur noch in Preußen möglich! Das arbeitende Volk Preußens aber weiß nach dieser ministeriellen Erklärung vom 18. Mai nun wenigstens, woran es ist! Der neue Minister des Innern, der in seinem ganzen herausfordernden Auftreten den Dallwitz noch übertrifft, er leistete der politischen Aufklärung einen sehr wichtigen Dienst. Aussprechen das was ist war von jeher noch dienlich und nützlich! Das preussische Volk weiß nun, daß es von dem neuen Minister genau so wenig zu erwarten hat wie von dem alten! Das preussische Volk weiß nun, daß es nimmermehr durch Entgegenkommen und Einsicht von oben, sondern nur durch den entschlossensten Kampf von unten her zu seinem Rechte gelangen kann. Der neue Minister hat dem preussischen Volke den Fehdehandschuh hingeworfen — das preussische Volk wird den Kampf aufnehmen! Als in den Reichslanden vor drei Jahren das gleiche Wahlrecht eingeführt wurde, da sprach Herr von Bethmann Hollweg davon, daß es künftig keine „Deutschen zweiter Klasse“ mehr geben dürfe! Nun wohl, dann darf es erst recht keine Preußen dritter Klasse mehr geben!

**Keine Ruhe deshalb in Preußen, ehe nicht das gleiche Wahlrecht errungen ist! Keine Ruhe, bevor nicht wir Preußen das gleiche Recht haben wie Bayern und Baden, wie Württemberg und Elsaß-Lothringen!**

**Arbeiter und Arbeiterinnen!**

**Demonstriert für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts.**

In Westpreußen finden vier große Versammlungen statt. Tagesordnung in allen Versammlungen: Die neue Herausforderung des preussischen Volkes durch den Polizeiminister v. Loebell.

Freie Aussprache.

Hinein in die Versammlungen!

## Elbing-Marienburg

### Die Fleischsteuerung hält an!

Der Reichsanzeiger veröffentlicht dieser Tage die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau im ersten Vierteljahr 1914, woraus sich ergibt, daß die Gesamtschlachtungen im ersten Vierteljahr bei Rindern, Kälbern und Schafen wieder geringer gewesen sind als im letzten Jahr. In allen drei Gattungen wird im ersten Vierteljahr 1914 ein neuer Tiefstand erreicht, denn es wurden insgesamt nur 830 000 Rinder, 983 000 Kälber und 405 000 Schafe geschlachtet, während in der gleichen Zeit des Jahres 1910 1 097 000 Rinder, 1 316 000 Kälber und 511 000 Schafe geschlachtet wurden, mithin 1914 177 000 Rinder, 350 000 Kälber und 106 000 Schafe weniger. Dies entspricht einem Rückgang von 17,7 Prozent bei Rindern, 26,4 Prozent bei Kälbern und 20,7 Prozent bei Schafen. Auffällig stark zurückgegangen sind in den letzten Jahren auch die Schlachtungen an Jungvieh, und den tiefsten Stand ganz besonders die Schlachtungen an Kühen. Dem Gewichte nach beträgt der Rückgang der Rinderschlachtungen vom Jahre 1910 auf 1914 35,3 Millionen Kilogramm oder 16,5 Prozent, während der Wert der geschlachteten Rinder von 284 auf 300 Millionen Mark, also um 16 Millionen oder 5,6 Prozent stieg.

Dieser Rückgang würde allerdings aufgewogen durch Mehrschlachtungen an Schweinen, wenn deren Fleisch ausschließlich zum Konsum gelangt wäre und wenn ferner nicht die Fleischeinfuhr aus dem Auslande im ersten Quartal um 11,7 Millionen Kilogramm zurückgegangen wäre. Die Schweineschlachtungen erreichten im ersten Vierteljahr 1914 bis auf 133 000 Stück dieselbe Höhe wie im Jahre 1912, das mit der Rekordziffer von 4 974 000 einzig dasteh.

Der Durchschnittswert pro 100 Kilogramm konsumierten Fleisches — nach Verhältnis des Gewichtsanteils am Gesamtkonsum — betrug:

Jahr	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Wert	131,3	137,6	130,5	138,5	163,7	142,1

er steht mithin immer noch außerordentlich hoch, da nur die vorjährige außergewöhnliche Teuerung überwunden ist, die ständige Teuerung aber andauert. Und ebenso ferner die Fleischsteuerung sind die niedrigen Löhne, die gerade in den Fabriken der Elbinger Großindustriellen gezahlt werden. Die Sorge haßt ständig an der Tür der Elbinger Arbeiter.

**Bestätigtes Urteil.** Die Elbinger Strafkammer verurteilte am 7. Januar dieses Jahres den Chauffeur Schirmmacher wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Wochen Gefängnis. Schirmmacher hatte am 4. Mai 1912 das Automobil des Kommerzienrats Stobbe aus Tiegenhof gefahren. Dabei entwickelte er so große Schnelligkeit, daß das Fahrzeug an der Einlager Fahre in die Laake fuhr. Während sechs der Insassen gerettet wurden, erkrank ein Dienstmädchen. Gegen das ihn verurteilende Erkenntnis des Elbinger Gerichts legte der Chauffeur Revision ein. Das Reichsgericht hat diese am 22. Mai verworfen.

**Ein Treibriemen** erlachte in der Scharfschen Schneidemühle in Vogelgang bei Marienburg den Arbeiter Nowak. Der

## Das Wunder

Von Peter Scher.

Der alte Dorfpfarrer hatte nur zwei Leidenschaften. Er hegte eine etwas übertriebene Begeisterung für die Obstbaumgärtnerei und — fluchte (mit Respekt zu sagen!) auf fast lutherische Art, wenn ein plötzlicher Ingrimus über ihn kam. Doch tat er solches nur für sich, zu seiner eigenen Entlastung und allenfalls im Beisein seiner alten Köchin Magdalene.

Nun geschah es am ersten Sonntag im Mai, daß der alte Pfarrer vor der Predigt gedankenvoll im Obstgarten spazierte. Die Bäume, vorwiegend Kirchen, hatten unter der Einwirkung der etwas vorschnell warmen Bitterung so reichlich Blüten angefaßt, wie schon seit Jahren nicht.

Die Vögel sangen über den Feldern. Die Erde strömte Wohlgerüche aus.

Was war das für ein Tag!

Der gute alte Pfarrer genoß mit überströmendem Behagen alle diese Herrlichkeiten und vergaß darüber ganz der aktuellen Wendung nachzudenken, vermittelst der er seinen Bauern den Genuß der Predigt zu verdoppeln mußte.

Aber da schlug es auch schon neun. Er sah noch einmal über die Reihen seiner blütenreichen Bäume und im selben Augenblick gab ihm sein Genius auch die aktuelle Wendung ein.

Eine Viertelstunde später redete der alte Herr zu seiner lauschenden Gemeinde, die nicht eben groß zu nennen war, mit diesen Worten: „Andächtige Versammlung! Lacht euch nicht das Herz im Leibe, wenn ihr allüberall die Baumbäume sehet und der Fülle des Segens gedenket, die der Schöpfer in seiner unermesslichen Güte und Weisheit uns Sündern auch in diesem Jahre wieder spendet...!“

Es war gewiß kein Wunder, daß der gute alte Pfarrer solches sagte. Aber was in der Nacht geschah, das war doch wohl ein Wunder.

Am Abend dieses Tages hatte sich der Wind gedreht, und als der Pfarrer, maßvoll schnarchend, warm in seinem Bette lag, war aus dem kühlen Luftzug schon ein eisiger Wind geworden, der schneidend über die Kirchsbaumblüten segte und jeden Fruchtklein rettungslos verdrängte.

Am Morgen, als die alte Magdalene dem hochwürdigen Herrn den Kaffee brachte, sagte sie es ihm, ihm ins Gesicht zu sehen. Sie machte sich vielmehr davon, so rasch es ging. Der Pfarrer, der sich im stillen schon über das machtvolle bulkernde Feuer im Ofen gewundert hatte, zündete nach

dem Kaffee seine Pfeife an und schlurkte, arglos und behaglich paffend, hin zum Fenster.

Was mußte er da sehen! Wie sah der Garten aus!

Wo gestern nichts als weiße Schönheit stand und wogte, da sah er ein Gewirr von braunen, toten, klebrigtrüben Dolden, die schlaff und traurig niederhingen.

Dem guten alten Pfarrer zitterte die Pfeife in der Hand.

„Die schönen Kirchen!“ sagte er ganz leise. Aber dann stieg es siedend in ihm hoch. Er tat einen tiefen Schnauser, hieb mit der Faust aufs Fensterbrett, daß es krachte und brüllte, rot vorn Zorn:

„So eine Luderei! Und grade gestern hab' ich alter Schöps die Güte und Weisheit wieder dran gehabt!“

## Kleines Feuilleton

— Was das Ungeziefer kostet. Der Begriff des Ungeziefers ist ein sehr allgemeiner, obgleich er in der deutschen Sprache vorzugsweise für die lästigen Vertreter der Insektenwelt gebraucht wird. Nach der eigentlichen Bedeutung des Wortes gehören auch höhere Tiere dazu, soweit sie dem Menschen durch eine Ueberzahl und andere Eigenschaften lästig werden. In diesem Sinne also hätte man auch insbesondere Ratten und Mäuse hinzuzurechnen. Die Stellung aber des Menschen gegen fast alle Tiere solchen Charakters hat sich in neuester Zeit verändert. Früher stand man ihnen nur mit einem Gefühl des Abscheus und der Ungebuld gegenüber, nahm die Plage aber meist als eine Art von natürlichem Verhängnis hin und wehrte sich dagegen nur soweit, als es für das augenblickliche Wohlbehagen eben notwendig erschien. Im Licht der modernen Forschung hat das Ungeziefer ein anderes Gesicht gewonnen und so drohende Rüge angenommen, daß man von einer Abwehr zu einer eigentlichen Verfolgung übergegangen ist. Unter den gemeinen Arten des Ungeziefers dürfte kaum eine sein, die nicht an dieser Behandlung Anteil hätte. Der schon seit alter Zeit geahnte Verdacht gegen die Ratten, daß sie die Pest verbreiten, ist durch die Erfahrungen der indischen Pestepidemie zur Gewißheit geworden. Dadurch ist aber auch ein anderes Ungeziefer, das bisher trotz aller Unannehmlichkeit mit einem gewissen verdrossenen Humor betrachtet wurde, nämlich der Floh, zu einem gefährlichen Feind des Menschen umgestempelt worden. Seine Stiche haben aufgehört nur ein lästiges Juckreizmittel unserer körperlichen Ruhe zu sein, seit wir damit rechnen müssen, mit den Beißwerkzeugen dieses kleinen Panzerkäfers einen gefährlichen Krankheitskeim eingimpft zu erhalten. Daß die Wanzen eine ähnliche Beurteilung verdienen, steht jetzt

auch ziemlich fest. Weit gefährlicher aber erscheinen im Licht der neuen Erkenntnis die Fliegen und Mücken. Welche von diesen beiden Insektengruppen den Preis für die Summe ihrer Schädlichkeit verdienen, läßt sich noch schwer sagen. Von gewissen Stuchwürden weiß man jetzt mit aller Bestimmtheit, daß sie so gefährliche Krankheiten wie Malaria, Gelbes Fieber, Schlafkrankheit und noch manche andere dem Menschen vermitteln. Immerhin ist ihre Tätigkeit auf die wärmeren Zonen beschränkt, obgleich man sich nicht allzu sicher vor einer weiteren Verbreitung fühlen sollte. Die Fliegen aber sind für Weltbewohner in umfassendem Sinn, und überall sind sie tätig und bereit, Lirrat und Krankheitskeime an den Härchen ihres Körpers, an Flügeln, am Rüssel zu verschleppen und schließlich auch durch ihre Exkremente auszuscheiden. Der Bereich ihrer Schädlichkeit ist also unermesslich, und wenn es auch schwer zu entscheiden ist, ob und wie eine Infektion durch Mitwirkung der Fliegen bei einem Menschen erzeugt wird, so ist an der Wahrscheinlichkeit, daß ein derartiger Zusammenhang häufig eintritt, keinesfalls zu zweifeln. Man möchte sich nun wohl gerne ein Bild davon machen, welcher Schaden dem Menschen ziffernmäßig durch die Tätigkeit des Ungeziefers überhaupt erwächst. Leider bietet ein Verfolg in dieser Richtung keine Aussicht auf eine völlige Beantwortung der Frage. Ein mutiger Amerikaner hat es wenigstens gewagt, den in den Vereinigten Staaten allein durch die Ratten angerichteten Schaden abzuschätzen. Auch diesem Unternehmen wird man kein allzu großes Vertrauen entgegenbringen können, aber das Ergebnis bedeutet vielleicht einen Mindestbetrag. Es wird angenommen, daß es wenigstens 300 Millionen Ratten in den Vereinigten Staaten gibt. Die Vernichtung, die sie an Getreide ausüben, wird allein auf etwa 400 Millionen Mark jährlich geschätzt, und diese Menge würde ungefähr genügen, für jeden Bewohner der Vereinigten Staaten ein Jahr aufzufüttern. Das würde aber erst ein Teil der durch die Ratten verübten Untaten sein, die im ganzen auf den ungeheuren Betrag von fast 1 1/2 Milliarden Mark jährlich veranschlagt werden. Für ein Land, wo der Pestbakterium seine Wohnstätt aufgeschlagen hat, würde der Schaden selbstverständlich noch viel größer sein und nach dem Verlust an menschlicher Arbeitskraft abgeschätzt werden müssen. Eine weitere Berechnung ist für die Wiehede aufgestellt worden, die in den Vereinigten Staaten den Wert einer Kuh um etwa 25 Mark verringert. Der daraus entstehende Schaden wird wiederum um etwa 400 Millionen Mark jährlich angegeben. Es ist dabei freilich zu berücksichtigen, daß der Mensch überhaupt nie ohne diese Plagen gelebt hat, so daß ihre wirkliche Bekämpfung weniger einen bereits gefühlten Verlust verhüten, als einen neuen großen Gewinn bedeuten würde.

Verunglückte wurde mehrere Male umhergeschleudert, bis es gelang, ihn aus dem Betriebe der Maschine zu lösen. Nowack liegt mit gedruckenen Gliedern hoffnungslos im Krankenhaus daneben.

**Der „Jagow-Park“.** Marienburg in Westpreußen voran! Der von der Kommune von Marienburg erhaltene Park Jagow-Park. Auf die Nachricht hin werden alle Patrioten die Nasenspitze zwei Zentimeter höher tragen.

### Danzig-Pand

Mit dem Motorrad fuhr bei Kasseberge der Kaufmann Zimmermann in die Elbinger Wechsell. weil Bremse und Zündungsausstellung verlagten. Zeugen des Vorgangs gelang es, den Motor und seine Maschine aus den Rufen zu ziehen.

### Graudenz-Strasbour

Dem Gewerbegericht Graudenz. In der letzten Gewerbegerichtssitzung waren fast alle Verhandlungen durch Klagen wegen Lohnabzug infolge fehlenden Werkzeuges veranlaßt. Die kläglichen Unternehmer machen sich zum Prinzip, sich an dem Entlassen des Arbeiters zu halten und ohne Rücksicht dem Betroffenen fehlendes Geschick und Werkzeug in Abzug zu bringen. So hatte z. B. ein Kläger eine Lohnforderung von 20 Mark. Der Beklagte stellte eine Gegenforderung, da ihm für 95 Mark Handwerkszeug fehle. Da nun der Kläger zur Verhandlung nicht erschien, begnügte sich der Beklagte mit seiner Gegenforderung mit 20 Mark. Wo bleiben nun die 75 Mark? Nun aber die Frage: War der Unternehmer überhaupt berechtigt, das fehlende Werkzeug vom Lohn abzuziehen? Es ist hier in Graudenz so gang und gäbe, daß mehrere Mann mit gleichem Werkzeug arbeiten. Mitbin kann man einen nie zur Verantwortung ziehen. Die Arbeiter müssen in Zukunft solche Vertreter ins Gewerbegericht wählen, die die Rechtslage voll und ganz beherrschen.

### Schwes

Großstädtliche Spießhaken haben in der Nacht zum 22. Mai in Schönau eine Gastrolle. Sie brachen in das Kontor der Dampfmaschine ein und schmolzen mit einem Sauerstoffapparat die Tür des Geldschrankes. Es gelang den ungebetenen Gästen, außer einigen Wertpapieren 2000 Mark bares Geld zu erbeuten. 14000 Mark Papiergeld haben sie übersehen. Die Spur der Diebe wurde bis zur Kulmer Fähre verfolgt. Dort sind sie verloren.

### Thorn-Kulm-Briefen

Der Streik der Tischler Thorns. Am 23. Mai fand eine Verhandlung der Vertreter von beiden Organisationen (Grote Gewerkschaftler und H. D.) mit den Unternehmern, die ein Mitglied ihres Zentralvorstandes zugezogen hatten, statt. Die Unternehmer zeigten sich von Anfang wieder hochbeinig, indem sie die Zulassung von Vertretern der Polen ablehnten, weil diese nicht Vertragskontrahenten seien. Dann stellten die Herren wieder die Behauptung auf, daß unsere Kollegen vertragsbrüchig geworden wären. Kollege Giedfeld wies ihnen aber nach, daß sie es gewesen sind, die den Vertrag von Anfang an durchbrochen haben. Nun verlangten die Unternehmer, daß die Arbeit sofort aufgenommen würde. Sie wollten dann erst weiter verhandeln. Eine am Abend stattgefundene Versammlung lehnte dies Verlangen ab. Es wurde eine Resolution gefaßt, die Arbeit am Montag aufzunehmen, wenn die am Sonnabend fortgesetzten Verhandlungen genügend Garantien böten, daß die Verhandlungen ohne Unterbrechung zu Ende geführt würden.

Die Unternehmer versuchen natürlich alles, Streikbrecher nach Thorn zu ziehen. Die Firma Bartel suchte zum Beispiel in der Schenke dem Mühlere Zeitung durch Inserate Tischlergesellschaften. Auch an Schredschüssen fehlt es nicht. So erklärte der Vorstand, der Thorer Oberstammführer, auf eine Anfrage unserer Vertreter, ob die Verhandlung nicht nachmittags fortgesetzt werden könnte, daß er keine Zeit habe, da er seine Arbeit anderweitig vergeben müsse. Es ist bis jetzt aber nicht geglückt, Streikbrecher zu bekommen, und ebenso wird es nicht gelingen, durch irgend ein anderes Mittel die Festigkeit der Thorer Tischler zu erschüttern. Die Jahre zurückreichende Mißachtung, die diesen durch das fortwährende Nichteinhalten der vertragsmäßig festgelegten Vereinbarungen von den Unternehmern zuteil wurde, kann nur durch die vollständige Anerkennung und Einhaltung des Lohntarifs und des abzuschießenden Affordiaris gelindert werden.

Die Thorer Strafkammer verurteilte dieser Tage die Arbeitslosen Ryankowski und Bente aus Brieggen wegen vollendeten Mordes und Raubes zu je zehn Jahren Gefängnis und ihre beiden Freunde Moranski und Dymerski wegen schweren Diebstahls zu je neun Monaten Gefängnis. Die Arbeitermänner Bente wurde wegen Hehlerei zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die vier Verurteilten sind durchwegs ganz junge Parolen. Die beiden ersten saßen am 27. Oktober v. J. einem betrunkenen Arbeiter auf. Sie schlugen ihn nieder, banden dem Bewußtlosen einen Stein an die Füße und warfen den Mann dann in den Brieggener See, nachdem sie ihn beraubt hatten. Die Beute betrug 50 Pfennige. Ryankowski überzeugte sich vor der Vollendung der Mordtat noch davon, daß das Opfer lebe. Mit den beiden anderen Verurteilten führten Ryankowski und Bente mehrere Einbrüche aus. Die bürgerliche Presse leistet sich zu dem gewöhnlichen Fall wieder einmal wie so oft eine widerliche Enttäuschungsmodie. Ist es aber nicht die Bankrotterklärung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Schule, wenn kaum den Schuldigen erwiderte Menschen so verzeiht sind, daß sie so gräßliche Taten fähig sind?

Beim Rangieren wurde auf dem Thorer Rangierbahnhof ein Arbeiter am rechten Fuß schwer verletzt.

## Verbandsstag der Gemeindearbeiter

k. Hamburg, den 22. Mai 1914.

In der Woche vom 24. bis 30. Mai hielt der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im 30. Hauptversammlung seine Generalversammlung ab. Die Tagung ist eine außerordentliche, die sich aus dem naheliegenden Jahre ergibt. Sie mußte durch innere Vorkommnisse im Verband nötig. Die Differenzen im Hauptvorstand haben schon mehrere Generalversammlungen beschäftigt. Auf der letzten in München beantragte der Vorstand, den bisherigen Vorständen Wabs nicht wiederzuwählen. So fern zu scharfen Auseinandersetzungen, deren Ergebnis war, daß Wabs mit einer Stimme Mehrheit wiedergewählt wurde. Der zweite Vorsitzende des Verbandes, der erst im letzten Jahre aus dem Vorstand aus. Mit diesem Austritt beschäftigte sich eine Gauleiterkonferenz, die Vorstand und Ausschuss ersuchte, die Generalversammlung schon 1914 stattfinden zu lassen, ferner beschloß, daß Wabs für den Posten des ersten Vorsitzenden nicht mehr kandidieren soll. An Stelle von Wabs wird der Gauleiter Hermann Mannheim als erster Vorsitzender vorgeschlagen. Wabs soll das internationale Sekretariat als fest besetzter Sekretär übernehmen. Als zweiten Vorsitzenden schied die Beamtensprecherin Wuppelmann, die auf der letzten Generalversammlung als erster Vorsitzender gegen Wabs unterlag. Wahrscheinlich wird es auch diesmal über diese Wahl die gleiche und den Rechenschaftsberichten vorgenommen werden soll, zu Auseinandersetzungen kommen. Es ist zu hoffen, daß diese im Interesse des Verbandes nicht die Schärfe erhalten wie in München. Auf der Tagesordnung des Verbandstages steht u. a. auch der Punkt „Außer Koalition und Streikrecht“. Ein Thema, das gerade jetzt allgemeines Interesse erregen dürfte. Den Gemeinde- und Staatsarbeitern wird besonders häufig das Koalitionsrecht illusorisch gemacht. Scharfmacher aller Art sind daran, den in den öffentlichen Betrieben Beschäftigten das Streikrecht zu nehmen. Obwohl ja das Koalitionsrecht gesetzlich garantiert ist, wird es von Behörden verweigert. Die Verwaltung der preussischen Staatsbahnen hat ihr Verbot erneuert, wonach Arbeiter und Angestellte keiner freigewerkschaftlichen Organisation angehören können, da diese den Betrieb durch Streiks lahmlegen wollten. Auch die bayerische Regierung hat in der Abgeordnetenkammer eine Erklärung abgegeben, die einem Koalitionsverbot in freien Gewerkschaften gleichkommt. Auch Stadtverwaltungen versuchen, das Koalitionsrecht für ihre Arbeiter zu beschneiden. Sie begünstigen teilweise die gelben Gewerkschaften. Verschiedentlich werden diese sogar mit städtischen und staatlichen Mitteln unterstützt. Das Kapitel Wabs regeltungen bespricht grell die Haltung der Behörden. Auch in den letzten Jahren wurden wieder eine Reihe Mitglieder des Verbandes von Behörden gemahregelt.

Die Jahresberichte des Vorstandes für die beiden letzten Jahre geben ein anschauliches Bild von der Entwicklung und inneren Erstarung des Verbandes. Die Mitgliederzahl ist trotz der Krise, die auch an den Gemeindebetrieben nicht spurlos vorübergeht, von 47 376 am Beginn des Jahres 1912 auf 53 925 am Jahreschluss 1913 angewachsen. Also eine Zunahme von 6549 in der Berichtszeit. Die Finanzen des Verbandes haben sich in den letzten beiden Jahren wesentlich entwickelt. Die Einnahmen haben sich erhöht, und zwar die der Filialen von 1 207 135 Mark auf 1 445 268 Mark. Die Gesamteinnahmen der Filialen und Hauptkasse ergaben für 1912 1 239 830 Mark für 1913 1 451 964 Mark. Wühlin gegen 1912 eine Mehreinnahme von 252 033 Mark. Diefen Einnahmen der beiden Jahre in der Höhe von 2 721 894 Mark stehen an Ausgaben 2 253 192 Mark gegenüber. Das Unterstühtungswesen erforderte im Laufe des letzten Jahres einen Mehraufwand von nahezu 100 000 Mark. Jedes Mitglied hat im Durchschnitt 10 Mark an Unterstützung zu zahlen. Der höchste Posten unter den Ausgaben ist der für Krankenerstattung. Dieser betrug 1912 191 539 Mark und 1913 243 488 Mark. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte für die Hauptkassie in beiden Jahren einen Aufwand von 50 498 Mark. (1912 nur 27 736 Mark). Die Ehrenunterstützung ist, ebenso wie die für Rechtsschutz und Wabsregulierung, etwas zurückgegangen. Von 40 300 Mark im Jahre 1912 ist die Summe im Jahre 1913 auf 33 105 Mark gefallen.

Die Lohnbewegungen sind an Zahl etwas zurückgegangen. Hier macht sich unweidlich die Krise bemerkbar. Obwohl die Gemeinde- und Staatsbetriebe infolge ihrer Monopolstellung hiervon nur wenig berührt werden, versuchen doch viele Stadt- und Staatsbehörden, aus diesen ungünstigen Verhältnissen eine Niederhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter abzuleiten. Als Beweis hierfür können die vielen Lohnbewegungen, die zur Abwehr von Herabsetzungen geführt werden mußten, angeführt werden. In der Berichtsperiode wurden 630 Bewegungen in 273 Orten mit 1284 Betrieben und 194 705 beteiligten Personen geführt. Die allermeisten Lohnbewegungen, 97,7 Prozent, wurden friedlich erledigt. Nur 2,1 Prozent entfielen auf Streiks und Aussperrungen. Die Erfolge sind sehr verschieden, besonders die im Jahre 1913 erzielten. Dieses Jahr steht mit seinen Erfolgen an zweiter Stelle seit Bestehen des Verbandes. Die insgesamt durch die Lohnbewegungen erzielte Arbeitseinstärkung beläuft sich für beide Jahre auf 2 1/2 Millionen Arbeitstunden pro Jahr für 15 202 Personen. Die erzielte Lohnerhöhung beträgt für über 80 000 Beteiligte nahezu 6 Millionen Mark.

Der Tarifvertragsgedanke hat in den letzten Jahren in Deutschland immer mehr Eingang gefunden. Leider kann man aber bei den öffentlichen Betrieben ein gleiches Vordringen des Tarifvertrages wie bei den Privatbetrieben nicht konstatieren. In den öffentlichen Betrieben ist von gemeinsamer Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Vertreter der Arbeiter und Behörden nur ganz vereinzelt etwas zu hören. Am Jahreschluss 1913 hatte der Verband insgesamt 18 Tarifverträge für 51 Betriebe mit 1642 Beteiligte abgeschlossen. Darunter befinden sich 6 Verträge mit 4 Gemeindeverwaltungen und 12 mit privaten Gesellschaften.

Die internationalen Beziehungen bessern sich von Jahr zu Jahr. Dem internationalen Sekretariat haben sich 1912 die Belgier und 1913 die Franzosen und Engländer angeschlossen. Der internationalen Vereinigung gehören 1913 11 Organisationen an, die 103 922 Mitglieder umfassen.

Wegen der Verhandlungen des Verbandstages durch einen günstigen Verlauf dem Aufstieg und der inneren Erstarung des Verbandes förderlich sein.

## Die christlichen Gewerkschaften als politische Vereine

Eine in der Zentrumspreffe kürzlich erschienene Korrespondenz der christlichen Gewerkschaften wehrte sich gegen die Behauptung, daß die christlichen Gewerkschaften ebenso wie die freien Gewerkschaften als politische Vereine erklärt werden müßten. Da auch sie sich mit politischen Angelegenheiten befassen, die christlichen Gewerkschaften beschäftigen sich nur mit sozialpolitischen Dingen; sollten die Gewerkschaften aus diesem Grunde zu politischen Vereinen gestempelt werden, so würde die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Die Abwehrhaltung, in die die freien Gewerkschaften bei der jetzigen Polizeiverfolgung gedrängt werden, und die offene und versteckte Schadenfreude, die die Christlichen darüber bekunden, treiben uns dazu, diese Behauptungen der christlichen Gewerkschaften doch einmal etwas näher auf ihre Tatsächlichkeit zu prüfen. Unseren Gewerkschaften ist übrigens schon die Beschäftigung mit sozialpolitischen Dingen als politische Tätigkeit angerechnet worden.

Alles das aber, was den freien Gewerkschaften in dieser Beziehung schon als Merkmal ihres politischen Charakters an-

gesehen worden ist, besitzen die christlichen Verbände in noch schärferer Ausprägung. Sie machen Eingaben an den Reichstag und an die Landtage, stellen Anträge zu Gesetzentwürfen und nehmen in Petitionen zu sozial- und berufs-politischen Fragen Stellung. Das geschah bisher auf fast allen christlichen Gewerkschaftsfestungen und Generalversammlungen.

Als Beweis des politischen Charakters der freien Gewerkschaften gelten unserer Polizei und Justiz deren internationale Vereinbarungen und Konferenzen. Auch darin machen die christlichen Gewerkschaften keine Ausnahme. Im Jahre 1908 war eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich. Wieserbis hielt dort einen Vortrag über die Notwendigkeit, mit den Arbeitstoleranten der anderen Nationen Fühlung zu nehmen, nicht bloß um bestimmte konkrete Fragen zu regeln, wie den Verkehr in den Grenzgebieten, die Auswanderung, gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen, sondern noch mehr, um von einander zu lernen. Seitdem 1. Januar 1909 haben sie ein besonderes internationales Sekretariat errichtet mit Siegenerwald-Röhm an der Spitze.

Nun bestreiten die christlichen Gewerkschaften ihren politischen Charakter mit dem Einwand, sie hätten mit „Politik im engeren Sinne“ gar nichts zu tun. Nur das Eintreten für bestimmte politische Parteien konstruiere eine politische Betätigung. Wenn das zutrifft, dann beteiligen sich aber die christlichen Gewerkschaften sehr stark am politischen Leben. Die Partei, für die es geschieht, ist das Zentrum. Das zu leugnen, ist bei den vorliegenden zahlreichen Beweisen völlig zwecklos. Die Christlichen werden einfach von der Zentrumsparterie für sich reklamiert und fügen sich dem. Einige Beispiele:

Die Trierische Landeszeitung berichtete in ihrer Nummer vom 18. Oktober 1910 aus den Verhandlungen des Zentrums-Parteitagess für den Regierungsbezirk Trier:

„Justizrat Trimbom erklärte vorweg, daß die Liberalen nicht auf ihre Rechnung kommen würden, wenn sie gläubigen, die Anhänger der beiden gewerkschaftlichen Richtungen stieße aufeinander und führten einen Kampf herbei. Das Zentrum sei nicht der Boden, auf welchem die Gewerkschaftsfrage gelöst werden könnte. Wir müßten stets festhalten, daß beide Richtungen (Köln und Berlin) dem Zentrum dienen wollten. Daher gehe uns der Streit in dieser Versammlung nichts an.“

In Godesberg a. Rh. hat am 20. April 1911 Dr. Spahn eine große politische Rede gehalten. Nach der Germania Nr. 147 hat der Zentrumsführer u. a. ausgeführt:

„Ich bin nicht Bestimmlist, aber soll der Ausgang der Wahlen unseren Wünschen und Bedürfnissen entsprechen, dann muß in allen Wahlkreisen alles auf die Schanzen. Unsere Vereine voran: Volkswortein und christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine durch die Aufklärung in der Sozialpolitik, unsere Wahlvereine und unser Windhorstbund in der Agitation, auch in der Wahlrede, neben den Vereinen in alltäglichem Ansporn unsere Presse.“

Das Düsseldorf Tageblatt, eine Zentrumszeitung, wurde von freigeorganierten Arbeitern aus Hilben wegen Beleidigung verklagt. Das Amtsgericht wies die Privatklage zurück, ebenso wurde die Berufung dagegen vom Landgericht Düsseldorf am 17. Juni 1913 verworfen. Und zwar wegen Zuhilfenahme des Paragraphen 193 für den Zentrumsredakteur. Ersichtlich wirkt die Unbefangenheit, mit der die Düsseldorf Richter die enge Verbindung zwischen Zentrumsparterie und christlicher Gewerkschaft feststellen. Es heißt in dem Beschlusse:

„Der fragliche Artikel ist vom christlichen Metallarbeiterverband eingeleitet. Gemäß der Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Zentrumsparterie mußte der Beschuldigte als Redakteur eines Zentrumsblattes dieser Aufschrift Aufnahme gewähren. . . hätten die christlichen Arbeiter nicht die Möglichkeit, ihre Interessen in den christlichen Gewerkschaften zu vertreten, so wären sie gezwungen, ihre Interessenvertretung den freien sozialdemokratischen Gewerkschaften anzuvertrauen und wären damit für die Zentrumsparterie verloren. Der Beschuldigte, als Redakteur eines Zentrumsblattes und als Anhänger der Zentrumsparterie, handelte daher in Wahrnehmung berechtigter Interessen, als er diesen Artikel aufnahm.“

So scharf umrissen hat noch kein Bericht die Zusammengehörigkeit von sozialdemokratischer Partei und freien Gewerkschaften festgestellt, wie es hier dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften gegenüber geschieht.

Immerhin — werden die Christlichen sagen — auch Richter irren. In der Praxis sind die christlichen Gewerkschaften politisch völlig neutral. Die nachstehenden Tatsachen reden jedoch eine andere Sprache.

Im Dezember 1906, bald nach der letzten Reichstagsauflösung, tagte in Düsseldorf eine Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer, die aus ganz Westdeutschland stark besucht war. Wie die Kölner Volkszeitung meldete, „kam die Versammlung zu dem einmütigen Ergebnis, daß bei den diesjährigen Wahlkämpfen alles aufgegeben werden müsse, damit auch im neuen Reichstage die Zentrumsparterie mindestens wieder die leiherrigen Plage beiege.“

Als dies vom Vorwärts festgenommen wurde, erhielt er „aus christlichen Gewerkschaftskreisen“ in der Köln. Volkszeitung zur Antwort:

„Die christlichen Gewerkschaftsführer müßten ganz verschrobene Köpfe sein, wenn sie den politischen Kampf spurlos an sich vorbeiziehen ließen. Werden doch erst durch die Reichsgefehrgebung die Vorbedingungen geschaffen, unter denen sich die Gewerkschaftsbewegung entwickeln kann.“

Das ist an sich ein ganz vernünftiger Standpunkt. Wie kommen aber diese selben „christlichen Gewerkschaftskreise“ dazu, die freien Verbände wegen derselben Auffassung zu verlästern und sie zu denuncieren als politische Vereine?

In Königssteele hielt am 20. Dezember 1908 der christliche Gewerbeverein der Bergarbeiter eine Mitgliederversammlung ab, die fast ganz von der Erörterung politischer Fragen ausgefüllt wurde. In der Hauptsache dreht es sich um die verstoßene Gemeinderatswahl, bei der der Zentrumskandidat durchgefallen war. Gewerbetinsler, die liberal gewählt hatten, wurden in der Versammlung gehörig abgeburstet, worüber sich einer dieser „Liberalen“ in der Hattinger Zeitung bitter beklagte.

Es ist übrigens schon öfter vorgekommen, daß Gewerkschaftskristliche aus der Reihe tanzten und zur Abwahlung statt des Zentrums die Nationalliberalen wählten. So in Saarbrücken bei der Reichstagswahl 1907. Dort wurden die Mitglieder des christlichen Gewerbevereins von ihrem Ortsvorstand zum Besuche der nationalliberalen Parteiverammlung am 5. Februar in den Saalbau in Saarbrücken bestellt und ihnen Fahr- und Zehrgehalt erstattet, damit nur der Oberscharf-

macher Botsch in den Reichstag kam. In den zentrumsfesten Gewerkschaftskreisen machte die Sache viel böses Blut und konnte nur mit Mühe wieder eingelenkt werden.

Mit welcher Selbstverständlichkeit die Ortsvereine der christlichen Gewerkschaften als Wahlvereine fungieren, ist nicht dringlich zu erkennen, an der Längstzeit der Jahrestelle Bortrop des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter. In einer Konferenz stellte sie 1907 zwei Zentrumskandidaten für die Gemeindevahl auf. Um die evangelischen Bergarbeiter zur Stimmabgabe für die Zentrumsleute zu bewegen, wurde ihnen versprochen, daß 1909 ein evangelischer Bergmann als Zentrumskandidat aufgestellt werden sollte.

Das geschah. 1909 nahm eine Funktionärsitzung des christlichen Gewerkschaftsvereins wiederum die Aufstellung der Kandidaten vor und ertor dazu einen evangelischen Bergarbeiter, der auch gewählt wurde. Vorher war er auf dem Rechtsschulzbureau des christlichen Gewerkschaftsvereins gehörig bearbeitet und auf das „Kommunalsprogramm des Zentrums“ verpflichtet worden. Der evangelische Zentrumsmann konnte nicht lange seines Amtes walten. Er wurde von einem katholischen Zentrumsmann — seinem Betriebsführer — gekündigt und mußte die Gemeinde verlassen!

Im Jahre 1911 riskierte es der christliche Gewerkschaftler und Knappschloßmeister W., ein Protestant, als Vertreter des „Bürgervereins“ bei der Gemeindevahl in Bortrop zu kandidieren. Dafür wurde er in der Konferenz des christlichen Gewerkschaftsvereins, die kurze Zeit darauf in Kirchhellen tagte, heftig angegriffen. Besonders der Gewerkschaftsbeamte B. machte ihm Vorwürfe darüber, daß er sich mit seiner Kandidatur gegen das Zentrum erklärt habe. Seine Berufung auf die politische Neutralität fand kein Gehör: er wurde niedergeschrien und vom Vorsitzenden L. wurde ihm erklärt, daß er das nächstemal nicht wieder als Knappschloßmeister aufgestellt werde.

Auch in Vorbeck machen die christlichen Gewerkschaften die Gemeindevahl. Noch bei der vorletzten Wahl stellte das christliche Gewerkschaftsamt in einer Sitzung die Kandidaten für die dritte Klasse auf, die dann auch vom Zentrum unterstützt wurden.

Die Bezirkskonferenz Gelsenkirchen des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter stellte zur Generalfversammlung des Verbandes im Jahre 1909 folgenden niedlichen Antrag: (Nr. 4 des Protokolls)

„Die Generalfversammlung wolle beschließen, daß der Paragraph 8 des Statuts dahin auszulegen ist, daß Mitglieder, welche bei Wahlen im ersten Wahlgange dem Sozialdemokraten ihre Stimme geben, ausgeschlossen werden können, bei notwendigen Kompromissen jedoch nicht.“

Durch Zeitungsnachrichten rechtzeitig gewarnt, unterließ es die christliche Generalversammlung, den Antrag zu verhandeln. Daß nicht ein Einzelner, sondern die Vertreterkonferenz eines großen Bezirks einen solchen Antrag stellen konnte, läßt immerhin Schlüsse zu auf die Gesinnungen dieser christlichen Gewerkschaft.

Die Vorgänge bei der Reichstagswahl von 1912 sind noch in frischer Erinnerung. Wenn bis dahin ein Zweifel möglich war an dem politischen Charakter der christlichen Gewerkschaften, so würde er gründlich zerstört. Sie waren die eigentlichen Wahlmacher — ihnen hat das Zentrum eine große Anzahl Mandate zu verdanken. Ja, noch mehr: Die politische Betätigung stößt den Christlichen so tief im Blute, daß sie sogar, entgegen ihrer Neigung, den Nationalliberalen Mandate zuschickten. Ohne die fleißige Wahlarbeit der christlichen Gewerkschaften wären z. B. die Wahlkreise: Bochum und Duisburg von den Nationalliberalen nicht geholt worden. Im westdeutschen Industriebezirk hätten die Zentrumsliberalen bei Stichwahlen zwischen ihnen und den sozialdemokratischen Kandidaten überhaupt nichts zu tun brauchen — so energisch trat der Wahlapparat der christlichen Gewerkschaften für sie ein.

Diese Stellungnahme der Christlichen entsprang keinem augenblicklichen Impulse, sondern war lange vorher im Schoße der Zentrumsparterie festgelegt worden. Dort sitzen die Manager, die die christlichen Querköpfe am Schmirchen halten und nach den diplomatischen Intentionen der Zentrumsparterie handeln lassen. Ein Gewerkschaftsführer hatte es schon ein ganzes Jahr vor der Wahl ausgeplaudert. Der Beamte des christlichen Gewerkschaftsvereins, der Bergarbeiter Hüstes, sagte schon am 15. Januar 1911 in einer Versammlung in Herne:

„Wenn die nationalliberale Partei im Wahlkreise Bochum-Gelsenkirchen einen annehmbaren Kandidaten aufstelle, und dieser mit Otto Hue in die Stichwahl komme, dann seien für Otto Hue die schönen Tage Aranjuez vorbei.“

Der Zentrumspreffe ging soviel Redseligkeit wider den Strich. Denn die Nationalliberalen verstanden Hüstes Wort und stellten einen christlich-organisierten Bergmann auf. Um nun zu verhindern, daß etwa die christlichen Arbeiterstimmen

schon im ersten Wahlgange den Nationalliberalen zufließen, schrieb die Gelsenkirchener Zeitung:

„Jedenfalls muß es aber entschieden zurückgewiesen werden, wenn man liberalerwärts die christlichen Gewerkschaften wahlpolitisch zu beeinflussen sucht. Wir weisen darauf hin, um der nationalliberalen Partei zu zeigen, daß sie, falls mit ihrer Zentrumskandidatur ein Gimpelplaus in fremden politischen Jagdgründen beabsichtigt sein sollte, sie sich damit in einem großen Irrtum befindet.“

„Fremde politische Jagdgründe“ sind die christlichen Gewerkschaften für jede andere Partei — diese Jagdgründe hat das Zentrum in Erbpacht. Daß es 1912 dennoch die liberalen Jagdgäste in seine Jagdgründe hineinließ, verschuldete die Angst vor dem roten Jäger.

Solche Dinge können den Wächtern der Gesehe nicht verborgen bleiben. Wie kommt es aber, daß von den Behörden noch nichts gegen die politischen christlichen Gewerkschaften unternommen wurde, während man jahrelang die Zeitungen, Flugblätter und Protokolle von freien Gewerkschaften durchstöbert, um sie politischer Betätigung bezüchtigen zu können? Die Antwort darauf gibt nachstehendes:

In Glessburg fand am 13. August 1911 ein Katholikentag für Schleswig-Holstein statt. Ein Angestellter des katholischen Volksvereins — Dr. Sonnenstein aus München-Glabach — hielt einen Vortrag über den Merkantilismus und kam dabei auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Der München-Glabacher Akademiker sagte wörtlich:

„Der Kern und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist durchaus konservativ. Wie die Sache augenblicklich liegt, kann ich Ihnen versichern, daß die bedeutendsten konservativen Führer und unsere bedeutendsten Staatsmänner — ich will keine Namen nennen — eingesehen haben, daß es unter allen Umständen gelingen muß, die christlichen Gewerkschaften hochzubalten, feste es, was es wolle, um die sozialdemokratische Hochstul zu rückzuhalten.“

Dr. Sonnenstein hat damit jedenfalls die Wahrheit gesagt. Denn es sind seither den christlichen Gewerkschaften von konservativen Führern und von Staatsmännern öfters Komplimente gemacht worden, für ihre „konservative“ Haltung bei Wahlen und bei Streiks. So hatte im Januar 1912 der Rektor Tegeher in Herne dem Reichskanzler telegraphisch den Sieg der nationalliberalen Partei gemeldet. Der Reichskanzler antwortete:

„Verbindlichsten Dank für die Meldung des Wahlergebnisses. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterschaft und des hingebenden Wirkens ihrer Führer. Reichskanzler von Bethmann Hollweg.“

Hier bestätigt der Kanzler das, was an anderer Stelle über die politische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften beim Wahlkampf 1912 gesagt ist. Es sind nur die christlichen Gewerkschaftler mit der „christlich-nationalen Arbeiterschaft“ gemeint, denn die anderen, die „wilden“ Christen, haben keine Führer, die hingebend wirken könnten.

Damit wollen wir für heute die „politisch neutralen“ christlichen Gewerkschaften verlassen. Wir tragen durchaus kein Verlangen danach, daß sie von den Behörden für politisch erklärt werden. Es hieße den herrschenden Gewalten zuviel Selbstverleugnung zumuten, wenn sie mit ihren Wahlhelfern und Streikbrechern so unglücklich verfahren sollten, wie mit den freien Arbeitern. Unseretwegen sollen die Christlichen ruhig bleiben, was sie sind. Aber zeigen wollen wir mit Vorstehendem, wie es im Reichstaate eben nicht daselbe ist, wenn zwei dasselbe tun.

## Gewerkschaftliches

— **Glasarbeiter-Ausperung in Rauscha.** Im Dienstag früh wurden in Rauscha in allen Glashütten die Arbeiter ausständig. Ein letzter Vermittlungsversuch zur Beilegung der Differenzen scheiterte an dem Verhalten der Unternehmer, die jede Vermittlung ablehnten.

— **Der Streik in der Schlesienschen Holzindustrie (A.-G.) in Langenödis beendet.** Durch Verhandlungen, die zwischen Organisationsvertretern und der bestreikten Firma Aufschweng u. Schmidt stattfanden, wurde der Zustand nach eistägiger Dauer beigelegt und die Arbeit am Montag wieder aufgenommen. Das Ergebnis der Verhandlungen bedeutet einen Erfolg für die Arbeiter, der ihrem geschlossenen Vorgehen und festem Zusammenhalten zu danken ist. Außer der genaueren Definierung eines Passus im Tarifvertrag und einer Aenderung der Fabrikordnung ist eine der wesentlichen Bestimmungen bei dem erfolgreichen Abschluß des Ausstandes die, daß bei allen Differenzpunkten der Arbeiterauschuß herangezogen werden muß. Aus den Einzelheiten des Abschlusses geht hervor, wie reichhaltig der Särungsstoff war, der sich unter den Arbeitern angesammelt

hatte. In der bürgerlichen Presse wurde es bei Ausbruch des Streiks nämlich so dargestellt, als wäre eine Flasche Bier die Ursache des Ausstandes gewesen und als hätte sich das Verbot der Direktion nur gegen alkoholfreie Getränke gerichtet. Diese Meldung war nur im Interesse der Firma vorbereitet worden. Während der Arbeitszeit sollten überhaupt keine Getränke — aber auch keine alkoholfreien — verabfolgt werden. Mit dem Trinkverbot und der Entlassung des Kantinenwirts hatte die Betriebsleitung nur die schon lange unter den Arbeitern vorhandene Erbitterung über die schändliche Behandlung auf die Spitze getrieben.

— **Beendeter Streik der Klempner und Installateure in Baden.** Der in Freiburg, Karlsruhe, Neustadt und Siegen in Baden bestehende Streik genannter Berufe konnte durch Verhandlungen beendet werden. Die Löhne wurden um 3 bis 4 Pfennig erhöht, ab 1. April 1915 tritt auch eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Weise ein, daß die gewöhnliche Gesamtarbeitszeit nicht über 48 Stunden betragen darf. Samstag ist um 5 Uhr Feierabend. Die Streikenden stimmten dem Ergebnis der Verhandlung fast einstimmig zu.

— **Der Zentralverband der Handlungsgehilfen im Jahre 1913.** In der Handlungsgehilfenbewegung wurde in den letzten Jahren versucht, eine neue Richtung, die sogenannte „neutral-gewerkschaftliche“, zu etablieren. Der Versuch ist kläglich gescheitert. Die bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände, ganz gleich, ob sie antisemitisch oder liberal gerichtet sind, denunzieren jede Organisation, die gewerkschaftliche Kampfmittel propagiert, als sozialdemokratisch. Die Handlungsgehilfen, die sich zu der Ueberzeugung durchgerungen haben, daß sie nur durch den gewerkschaftlichen Kampf ihre Lage verbessern können, diese Handlungsgehilfen haben aber auch kein Verständnis mehr für die von den Neutralitätsfanatikern geforderte Trennung der gewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterorganisationen. Das sehen wir deutlich an dem Fiasko der neutralgewerkschaftlichen Gründung und an der Entwicklung des Zentralverbandes. Er hat auch im Jahre 1913 gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 18 489 auf 24 809 Ende 1913. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß am 1. Januar 1913 die 2970 Mitglieder des ehemaligen Lagerhalterverbandes zum Zentralverband übergetreten sind. Die Finanzen des Verbandes haben infolge der neu eingeführten Beitragsstaffel eine wesentliche Stärkung erfahren. Die Einnahmen stiegen von 245 498 Mark auf 400 292 Mark empor. Die Ausgaben steigerten sich von 229 938 Mark auf 335 750 Mark. Das Verbandsvermögen betrug 217 561 Mark gegen 63 039 Mark Ende 1912. Am 1. Juli des Berichtsjahres sind die neugeschaffenen Unterstützungseinrichtungen in Kraft getreten. Die Summe der gezahlten Unterstützungen (Stellenlosgel., Kranken- und Umzugsunterstützung sowie Sterbegeld) belief sich auf 42 382 Mark gegen 15 799 Mark im Vorjahre. Die Aufwendungen für Unterstützungszwecke werden zweifellos im laufenden Jahre noch erheblich wachsen.

Das Kapitel „gewerkschaftliche“ Kämpfe im Geschäftsbericht des Vorstandes ist von besonderem Interesse, ist der Verband doch die einzige Handlungsgehilfenorganisation, die derartige Kämpfe führt. Die Zahl der von ihm abgeschlossenen Tarifverträge stieg von 119 für 7308 Personen auf 192 Tarife für 8654 Personen. Außerdem endete eine große Anzahl Bewegungen mit Vereinbarungen. Von besonderem Interesse ist eine größere Bewegung in Chemnitz, die dazu führte, daß 23 Firmen, die versucht hatten, ihren Angestellten Konkurrenzklausein aufzuerlegen, von ihrem Vorhaben Abstand nehmen mußten. So erkämpfte sich ein Teil der Handlungsgehilfen auf gewerkschaftlichem Wege das, was ihnen die Gesehgebung verweigert. — Die Schwierigkeiten, denen die freigewerkschaftliche Propaganda unter den Privatangestellten begegnet, drängten die Frage auf, ob es nicht durch eine Verschmelzung der beiden freigewerkschaftlichen Verbände, des Verbandes der Bureauangestellten und des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, oder durch die Gründung eines allgemeinen freigewerkschaftlichen Privatangestelltenverbandes möglich sei, unnötige Kräftezersplitterung zu vermeiden und die Aufklärungsarbeit unter allen Privatangestellten erfolgreicher zu gestalten. Die lebhaften Diskussionen, die im Laufe des vorigen Jahres über diese Frage im Verband der Handlungsgehilfen stattgefunden haben, zeigten, daß der größte Teil der Mitglieder eine Verschmelzung mit dem Bureauangestelltenverbande für erstrebenswert hält. Von der Stellung der Bureauangestellten wird es jetzt wesentlich abhängen, ob die Verschmelzungsbestrebungen über kurz oder lang einen positiven Erfolg haben werden.

# Hut-Haus London

nur 2ten Damm 10.

## Stroh-Hüte

Riesenposten wieder eingetroffen für Herren und Knaben.

### Steife und weiche Herren-Hüte

— das Neueste der Saison! — von 1.<sup>95</sup> bis 5.<sup>75</sup>

### Knaben-Prinz-Heinrich-Mützen

45 65 90 P. 1.<sup>90</sup> 1.<sup>60</sup> 1.<sup>95</sup> 2.<sup>50</sup> 3.<sup>50</sup> Mk.

### Knaben-Strohhüte — reizende Neuheiten!

# Hut-Haus London

nur 2ten Damm 10.



**Matalo-Façon**

1.35	1.75
1.95	2.35
2.75	3.25
4.00	4.95



**echte Panama**  
von 5.50 an bis 25 Mk.

**Panama imitiert**

1.25	1.50
1.85	2.25
2.75	3.25
4.50	5.75

538

Warum nicht die **Walden-Bibliothek** in England ge-  
druckt und gebunden? Die **Walden-Bibliothek** wird im Aus-  
land hergestellt? Warum denn? Traut **Walden** den deut-  
schen Buchdruckern und Buchbindern nicht zu, seinen Verlags-  
werken ein würdiges Aussehen zu geben? Oder hat das  
„**Made in Germany**“ im Hause **Walden** einen so schlechten  
Rang, wird es von ihm so mit dem Begriff **Walden** und **Walden**  
identifiziert, daß er seine kostbaren Verlagswerke zum Einbinden  
und Einbinden nach England schicken muß?

Sieht man sich die **Walden-Bibliothek** an, so findet man  
die Fragen beantwortet. Die Bücher sind auf schlechtem Papier  
gedruckt, der Einband ist mangelhaft hergestellt. Die Bücher  
sind nur mit Zwirnbinden zusammengeheftet und dann ist eine  
spinnwebartige Gaze über den Rücken gestrichelt. Sie sind weder  
auf Gaze, noch auf Bünde geheftet, wie es jeder Fachmann vor-  
aussetzt und wie es die Haltbarkeit der Bücher unermesslich  
fordert. Diese Broschüren im Papierumschlag werden dauer-  
hafter geheftet als die „eleganten Bücher“ der **Walden-Bibliothek**.  
Die deutschen Schriftsteller, die in der **Walden-Bibliothek**  
mit den **Walden** gehen, können wahrhaftig nicht stolz sein  
auf das unglückliche Reich, in dem sie **Walden** auf den Bücher-  
markt schickt.

Und warum muß das sein? Warum muß **Walden** seine  
Bibliothek in England binden lassen? Lassen die niedrigen  
Preise es nicht zu, daß die Bücher ordentlich und in Deutsch-  
land gebunden werden? Ist die deutsche Buchindustrie so wenig  
leistungsfähig, daß sie den Ansprüchen der modernen Zeit nicht  
zu entsprechen vermag? Keins von dem! — Die Antwort ist  
eben die, daß die **Walden** Bücher in England deswegen  
um zwei Pfennig pro Band billiger hergestellt werden, weil sie  
ganz miserabel gebunden sind, weil die meisten an ihnen zu  
vorliegenden Buchbinderarbeiten von elend entlohnten Ar-  
beiterinnen — man spricht von 6 und 8 Mark Wochenlohn —  
ausgeführt werden. Zwei Pfennig pro Band ist an sich eine  
Bagatelle gegenüber dem verhältnismäßig hohen Preis für die  
**Walden** schleudermare, die Band für Band mit 1 Mark be-  
zahlt werden muß; ein Preis, der sehr wohl eine Erhöhung  
der Einbandkosten zuließe, da jedenfalls der Profit ein ganz  
exorbitanter sein dürfte. Aber bei Hunderttausenden von Bän-  
den machen zwei Pfennig schon eine Summe aus, die als Profit  
für das Haus **Walden** etwas bedeuten. Das Haus **Walden** geht  
eben ins Ausland mit seiner Arbeit, um den deutschen Buch-  
bindertarif zu umgehen, weil in Deutschland zum Teil die Löhne  
der Arbeiterinnen höher sind als in England.

Wie ist das möglich? — Weil in Deutschland die Ar-  
beiterinnen besser als in England organisiert sind, weil der  
deutsche Buchbinderverband schon seit über zwei Jahrzehnten  
sich die Organisation der Arbeiterinnen angelegen sein läßt,  
während der englische Buchbinderverband bisher Arbeiterinnen  
grundsätzlich nicht in seine Reihen aufnahm. Diesen Umstand  
benutzen nun die englischen Unternehmer, um die männliche  
Arbeitskraft durch die billigere weibliche zur Ehre höheren  
Preises zu verdrängen. Der englische Buchbinderverband hat  
nessen im Vorjahr und auch bis tief in dieses Jahr hinein

schwere Kämpfe führen müssen gegen die von den Unternehmern  
beabsichtigte Verlängerung der Arbeitszeit, gegen die Verdrän-  
gung der männlichen Arbeiter und gegen die elende Bezahlung  
der Arbeiterinnen.

Man braucht keine **Chauvinist** zu sein und wird  
es doch beurteilen, daß deutsche Arbeit ins Ausland geht, um  
unter Ausgerathen hergestellt zu werden. Das ist unlauterer  
Wettbewerb auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft und der  
deutschen Industrie, den das „patriotische“ Haus **Walden** treibt.

— **Gehaltszulagen für die städtischen Arbeiter in Breslau.**  
Die Stadtverordnetenversammlung gab am Montag ihre Zu-  
stimmung zu einem Antrag des Magistrats, nach welchem den  
städtischen Arbeitern vom dritten Rinde an monatliche Ge-  
haltshilfen in Höhe von 2 bis 3 Mark pro Rind gegeben  
werden. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die Beihilfe schon  
vom ersten bzw. zweiten Rinde zu gewähren, wurde abgelehnt.  
— Diese Einrichtung verdankt ihren Ursprung einer Petition  
von 670 Arbeiterfrauen, deren Männer im Gemeindeverband  
organisiert sind.

**Züchtung, Former und Viehzeigarbeiter!** Durch die hür-  
gerliche Presse geht die Nachricht, daß der Streit der Former  
und Viehzeigarbeiter bei der Firma Siemens u. Halske in  
Berlin aufgehoben ist. Diese Nachricht ist falsch und zweifellos  
zum Zweck der Irreführung in die Presse lanciert. Der Streit  
der Former und Viehzeigarbeiter der Firma Siemens u. Halske  
dauert unverändert fort, und ersuchen wir, überall, wo irgend-  
wie verdächtige Arbeit auftritt, uns Nachricht zu geben,  
damit Streikarbeit verhindert werden kann. Deutscher Metall-  
arbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

### Aus der Partei

— **Die Praxis des herzoglich-sachsen-erzgebirgischen Chauffeurs,** der  
mit erheblicher Geschwindigkeit und ohne Hupensignale abzu-  
geben, im Automobil durch das Ländchen gerast war, ferner  
dessen Freisprechung vor dem Landgericht hatte unser Koburger  
Parteiblatt kritisiert. Dabei war die Bemerkung gebraucht  
worden, man müsse sich bei diesem Freispruch die Binde der  
Göttin Justitia etwas verschoben denken. Der Staatsanwalt  
stellte gegen den Verantwortlichen, Genossen **Florschütz**,  
Strafantrag. In der Verhandlung, die am Montag vor der  
Strafkammer in Koburg stattfand, beantragte der Staatsan-  
walt zwei Monate Gefängnis, da den Weininger Richtern der  
Vorwurf bewußter Rechtsbeugung gemacht worden sei. Das  
Gericht erkannte auf 300 Mark Geldstrafe, da es nach Fest-  
stellung des Gerichts keine Klassenjustiz gibt.

— **Wegen Beleidigung der Frankfurter Richter,** die das  
auffechterregende Urteil gegen Rosa Luxemburg fällten, mußte  
sich der Verantwortliche der Weimarer Volkszeitung, Genosse  
**Kreischmar**, vor dem Schöffengericht Jena verantworten. Die  
Beleidigung war gefunden worden in einem Feuilletonartikel,

der die Ueberschrift: „Die Aufstellung Europas“ trug und einen  
Satz enthielt in dem das Urteil gegen Rosa Luxemburg mit  
einem scharfen Ausdruck bezeichnet wurde. Das Schöffengericht  
und auch der Amtsanwalt erblickten in diesem Aus-  
druck eine Beleidigung, die geeignet sei, das Ansehen der Frank-  
furter Landrichter in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Das  
Urteil lautete auf 20 Mark Geldstrafe. Der Amtsan-  
walt hatte 25 Mark beantragt. Der Strafantrag war gestellt  
worden von dem Präsidenten des Frankfurter Landgerichts,  
wohl auf einen jarten Wink einer Jenaer Persönlichkeit.

— **Preßprozeß.** In Regensburg machte im März d. J.  
ein Kolonialwarengeschäft durch ein Reklameschreiben bekannt,  
daß es „ab 1. April bis auf weiteres seiner sehr geehrten Kund-  
schaft den „Regensburger Anzeiger“ bei Einkäufen gratis ab-  
geben“. Von dieser eigenartigen Geschäfts- und Zeitungsreklame  
auch die Parteivolle **Rotia**. Der Verleger des genann-  
ten Zentrumsblattes fühlte sich beleidigt und lief zum Adv.  
Er hatte es hierbei aber nur auf die sozialdemokratischen  
Mütter abgesehen und reichte gegen drei Parteiblätter die  
Klage ein. Am Montag wurde der Verantwortliche unseres  
Bürgerversammlungs-Parteiblattes, Genosse **Dieterich**, zu 30 Mark  
Geldstrafe verurteilt.

### Vermischtes

— **Russisches Gefängniselend.** Die transbaikalische Zeitung  
**Nowi** schildert die schrecklichen Zustände zweier Gefängnisse bei  
Irkutsk. Ein Gefängnis ist mit Inassen vollgepfert. In  
einem Raum für 35 Personen müssen 100 bis 120 Personen  
sich aufhalten. Die Luft ist erstickend und trotzdem fehlt die  
Ventilation. Die Zellen sind kalt, da sie sehr mangelhaft geheizt  
werden. Das nicht durchbackene Brot bleibt den Sträflingen  
beim Essen an den Fingern kleben, und alle Inassen tragen  
Lumpen auf dem Leibe. Die Hälfte der Sträflinge liegt stän-  
dig krank danieder und die Hälfte der Kranken rafft der Tod  
hinweg.

### Literatur

**Arbeiter-Jugend.** Die beiden erschienenen Nr. 11 des sechsten  
Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der Polizeiknüppel als Er-  
zieher. Von **M. Salkmann**. — Erlösung. Die Geschichte einer prole-  
tariatschen Jugend. Von **Fritz Sepp**. (Schluß.) — Die Bibliothek  
von Ernst Mehlisch. Röntgenstrahlen. Von **Curt Biging**. (Mit  
Abbildungen.) — Borussisches aus Schwaben. — Aus der Jugend-  
bewegung. — Vom Kriegsschauplatz. — Die Berner an der  
Arbeit usw.

Beilage: **Fischer**. Erzählung von **Johan Bojer**. (Schluß.) —  
Junge Arbeiter als Schriftsteller. — Junge, Junge, wo komm't  
angahn. . . Von **Jürgen Brand**. — Babylon II. Von **A. Ellinger**.  
(Mit Abbildungen.) — Erlösung und Jug. Von **Karl Rauky jun.**  
— Bücher für die Jugend. — Die Bansen. Von **Robert Grösch**.

Vorzüglich gerät der

# Pfingsttuchen

wenn Sie nur

# Clausmargarine

verwenden

## allerbester Naturbutter-Ersatz

in allen Preislagen erhältlich

à 100, 90, 80, 70, 60 und 55 pf.

Prima Vollfett Tilsiter Käse von 65 bis 80 pf.

la Schweizerkäse von 75 bis 100 pf.

## Margarine-Spezial-Geschäft

# M. Claus

Telephon  
3031.

## Alle anderen Backartikel zu billigsten Preisen.

ff. Stargarder Weizenmehl 5 Pfd.	90 u. 100 Pf.
3 Pack Backpulver . . . . .	20 .
3 Pack Vanillezucker . . . . .	20 .
3 Fl. Küchengewürz u. Zitronenöl	20 .
Cardamom — Zucker	
Kartoffelmehl — Zitronen.	

Außerdem empfehle:

Reines Schweineschmalz . . . . . Pfd.	63 Pf.
Brotschmalz . . . . .	75 .
Landwurst . . . . .	80 .
Mettwurst . . . . . Pfd.	100 .
Cervelatwurst - Salami - Ia Räucherspeck	

sowie alle Sorten Marmeladen zu billigsten Preisen.

nur **Altstädtischen**

## Graben 92

neben Eisenwarenhandlung Steinbrück.

lach wird die Fürsorge nicht, wie es sein sollte, von der Gemeinde als solche durchgeführt, sondern von privaten Wohltätigkeitsvereinen, an die aus Gemeindegeldern Zuschüsse gewährt werden. Die Gemeindeverwaltungen klagen sich mitunter aus „prinzipiellen“ Gründen, solche „sozialistischen“ Einrichtungen zu betreiben.

Es liegt mit an den Frauen, die Einrichtungen auch soweit wie möglich in Anspruch zu nehmen und auf weitere Schaffung solcher zu drängen. Das bietet eine Gewähr für ihre weitere Ausgestaltung, die nur eintritt, wenn sich die bisherigen Einrichtungen als viel zu unzureichend erweisen. Bei uns in Danzig findet man trotz der außerordentlich großen Säuglingssterblichkeit und trotz der Kapitalträchtigkeit der Kommune kaum mehr als die allerbescheidensten Reime eines Kinder- und Mutterhauses. Auch diese Angelegenheit ist eine *M a c h t f r a g e*. Daran wird das Proletariat bei den im Herbst dieses Jahres kommenden Stadtratswahlen zu denken haben.

### Pfingst-Sonderzüge.

In den Tagen vom 28. Mai bis 3. Juni werden im Bezirk der Eisenbahndirektion Danzig wieder eine Reihe von Personen-Sonderzügen eingelegt, die dem jeweilig ab- und ankommenden Verkehr Rechnung tragen und demgemäß für jeden Tag einen besonderen Fahrplan erfordern. Hauptsächlich kommt dafür die Strecke Danzig-Marienburg-Ebing-Güldenboden in Betracht.

Am 28. Mai fahren in jeder Richtung drei Züge, ab Danzig 7,50, 10,52, 3,28 Uhr, zurück laufen die Züge um 5,36, 8,14 und 8,49 abends in Danzig ein.

Am 29. Mai tritt zu diesen Zügen noch ein weiterer, der 6,52 Uhr abends abgehend bis Marienburg fährt und 10,15 Uhr von dort nach Danzig wieder abfährt.

Am 30. Mai kommt zu diesen vier Zügen noch ein fünfter, der 4,30 Uhr in der Frühe nach Marienburg fährt und 8,37 Uhr von dort zurückkehrt.

Am 31. Mai, dem ersten Pfingstfeiertag, verkehren nur zwei Sonderzüge, 4,50 und 7,50 Uhr morgens, beide bis Güldenboden. Sie kommen 4,51 und 5,36 Uhr wieder in Danzig an.

Der 1. Juni, der zweite Pfingstfeiertag, hat vier Zugpaare als Sonderzüge, 4,50 morgens, 7,50, 8,28 und 6,52 Uhr abends ab Danzig, in der Richtung nach Danzig noch einen fünften Zug.

Der 2. und 3. Juni weicht im Fahrplan etwas vom 1. Juni ab, hat aber die gleiche Anzahl Züge wie der 1. Juni.

### Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.

Nr. 20. Woche vom 10. bis 16. Mai 1914.

#### 1. Geburten der Vorwoche:

	lebend	tot	übertr.
männlich	60	4	64
weiblich	74	1	75
<b>zusammen</b>	<b>134</b>	<b>5</b>	<b>139</b>

Die unehelichen Geburten sind 11,5% der Gesamtgeburt.

die Totgeburten 3,6% der Gesamtgeburt.

#### darunter uneheliche Mehrgewerben:

0 Fälle mit	6	—	6
-------------	---	---	---

#### 2. Zahl der Eheschließungen: 25.

#### 3. Sterbefälle (ohne Totgeburten):

	überlebend	tot
1. Kindbettfieber	—	—
2. Scharlach	2	—
3. Diphtherie und Krupp	1	—
4. Diphtherie und Krupp	—	—
5. Keuchhusten	—	—
6. Typhus	—	—
7. Tuberkulose	8	—
7 a. Krebs	5	—
8. Krankheiten der Atmungsorgane (auschl. 4, 5, 7)	1	—
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall	5	5
10. Gewalttätiger Tod	5	—
11. Alle übrigen Todesursachen	40	10
<b>zusammen</b>	<b>67</b>	<b>15</b>

#### darunter: männlich

28	7
----	---

#### weiblich

39	8
----	---

4. Meldungen von Infektionskrankheiten: Eingekammerte Zahlen bedeuten außerhalb Danzigs erkrankt und nach Danzig überführt. Scharlach 11, Diphtherie und Krupp 2, Unterleibstypus —, Kindbettfieber —, Granulose 2 (1).

5. Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1502, davon aus Desterreich 14, Rußland 13, Frankreich 2, Schweden 2, England 1.

#### 6. Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:

	männl.	weibl.	überb.	darunter einzeln lebende Personen
Umgezogene innerhalb der Stadt	621	607	1228	246
Zugezogene von auswärtig	382	297	679	279
Fortgezogene nach auswärtig	285	270	555	205

#### 7. Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet

betrug die Zahl der Geborenen einschl. Totgeburt, 37,0 (Vorwoche 24,2)

betrug die Zahl der Sterbefälle einschl. Totgeburt, 19,1 (Vorwoche 14,1)

betrug die Zahl der Eheschließungen 6,8 (Vorwoche 7,2).

**Mg. Straßenverbesserung.** Der Magistrat hat bei der Stadt verordnetenversammlung beantragt, zuzustimmen, daß an der Kreuzungsstelle der Langgarter Hintergasse—Weidengasse im Zuge des öffentlichen Bürgersteiges der Weidengasse ein Uebergang aus Reihensteinen hergestellt wird und die erforderlichen Kosten in Höhe von 2300 Mark aus der Anleihe von 1904 entnommen werden.

Infolge der mehrfach lautgewordenen Beschwerden über den schlechten Zustand des Pflasters an der Kreuzungsstelle der Langgarter Hintergasse—Weidengasse soll die Kreuzungsstelle in etwa vier Meter Breite bis an die Gleise der elektrischen Straßenbahn mit Reihensteinen gepflastert werden. Die Baudeputation hat die Vorlage bekräftigt.

**Zur Spargelzeit.** Mitte Mai hat nun die eigentliche Spargelzeit begonnen. Die Preise für das köstliche Gemüse sind diesmal etwas billiger als sonst, so daß sich der Arbeiter auch einmal einen Spargelschmaus leisten kann. Bereits im Altertum schätzte man den Spargel so wie heute; bei den alten Deutschen war er allerdings zunächst nicht als Gemüse, sondern nur als Heilpflanze bekannt, als welche man ihn auch in den alten Kräuterbüchern bezeichnet findet, helfend gegen Gicht, Wasserfucht und Krankheiten des Herzens. In medizinischer Beziehung kann man ihn aber nur, wie eigentlich jedes Gemüse, als blutreinigend ansprechen, insofern er die Darmtätigkeit anregt. Im zeitigen Mittelalter war der Spargel in Deutschland auch als Gemüse bekannt, und um 1600 herum legte man überall Spargelbeete an. Erst

von Deutschland aus ist der Spargel in andere Länder gekommen. Wir Deutschen ziehen den schönen weißen Spargel vor, die Franzosen lieben aber auch den grünen Spargel. Die Spargelkultur findet in Deutschland immer mehr Verbreitung, aber auch der Konsum steigt von Jahr zu Jahr, so daß noch beträchtliche Mengen aus Belgien, Frankreich, Holland, Desterreich usw. eingeführt werden müssen. Die Schälstreifen kann man trocknen und später zu delikaten Suppen verwenden resp. austochen.

**Kongresslage im Danziger Hof.** Obst und Gemüse als Nahrungsmittel ist eine neue Forderung. Ohne Frage ist der reiche Genuß dieser Vegetabilien dem menschlichen Organismus dienlich und die Lebensweise bei reicher Obst- und Gemüsekost billig. Der Verein zur Förderung des Obst- und Gemüseverbrauchs in Deutschland hat es sich zur Aufgabe gestellt, weitesten Kreisen Aufklärung über den Wert einer ausreichenden Obst- und Gemüsekost zu geben. Auch nimmt der Verein lebhaften Anteil an den Arbeiten zur Aufklärung der Bevölkerung über den Wert einer ausreichenden Obst- und Gemüsekostverwertung. Der Landesverband Westpreußen des oben genannten Vereins hält im Hotel Danziger Hof in Danzig am 2. Juni 1914, nachmittags 5 Uhr, seine diesjährige Hauptversammlung mit nachfolgender Tagesordnung ab, zu der jedermann freien Eintritt hat. Tagesordnung ist folgende: 1. Eröffnung, 2. Jahresbericht und Rechnungslegung, 3. Berichterstattung der Vorsitzenden der Bezirksverbände des Landesverbandes Westpreußen, 4. Vorstandserwahl, 5. Vortrag über die Bedeutung des Obst- und Gemüseverbrauchs für die Volksgesundheit, 6. Vortrag über die Zwecke und Ziele des Vereins zur Förderung des Obst- und Gemüseverbrauchs in Deutschland, 7. Verschiedenes. Mitglieder und Freunde des Vereins sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

Die städtische Wohnungskommission beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Gründung eines Fonds für zweite Hypotheken in Höhe von 500 000 Mark bei den städtischen Kasseleihen zu beantragen. Die Mittel sollen von der Landesversicherungsanstalt Westpreußen geliehen werden. Die Beteiligungstätigkeit soll Neubauten mit kleineren Wohnungen zugute kommen.

**Gesundes und krankes Fleisch.** Sehr blasse Farbe des Fleisches ist ein Zeichen, daß das Tier blutarm gewesen und das Fleisch nicht kräftig ist; die Ursache der Blutarmut kann in verschiedenen Krankheiten liegen. Tief purpurne Farbe beweist, daß das Tier nicht geschlachtet, sondern geprügelt ist. Mariniertes Aussehen, herrührend von zwischen den Fleischfasern liegendem Fett, hat nur gesundes Mastfleisch. Das Fett an gesundem Fleisch ist weich und hart, an krankem dagegen gelblich, weich, wässrig oder gallertartig. Gesundes Fleisch fühlt sich fest an und macht den Finger kaum nach, krankes ist weich und läßt Flüssigkeiten austreten. Gutes Fleisch riecht kaum, krankes riecht muffig.

**Ver schwundenes Kind.** Der fünfjährige Sohn der Witwe Perlich, Tischlergasse 26, wohnhaft, ist seit Mittwoch verschwunden. Der kleine war schlafend und ohne Kopfbedeckung. Er trug einen schwarzweißen Kittel und eine Schürze und ist zuletzt auf dem Spielplatz in der Tischlergasse gesehen worden. Wer etwas über den Verbleib des Kindes zu bekunden weiß, möge dies der Mutter mitteilen.

### Standesamt vom 23. Mai. Danzig.

Todesfälle: Witwe Ida Johanna Behrend, geb. Behrend, 70 J. 1 W. — Rentier Peter Pauls, 85 J. 9 M. — Kaufmann Max Loufer, fast 64 J. — Arbeiter Johann Warkusch, 52 J. 2 M. — Arbeiter Friedrich Böhm, 65 J. 6 M. — Sohn des Schlossers Adolf Redmann, 5 M. — Witwe Mathilde Teichmann, geb. Wieserowksi, 62 J. 1 W.

### Neufahrwasser.

Todesfall: Witwe Helene Gamballe, geb. Dyjinski, 76 J. 6 M.

### Polizeibericht vom 23. Mai 1914.

1. Verhaftet: 7 Personen, darunter 2 Personen wegen Bettelns.  
2. Obdachlos: 2 Personen.  
3. Gefunden: 1 Arbeitsbuch für Charlotte King; 1 Wirtentafel mit Karten für Walter Roskoff; 1 schwarzes Umhängetuch; 1 Paar schwarze Damenhandschuhe; 1 schwarzeselbener Damenschirm mit grauer Krücke, abgehoben vom Fundbureau des königlichen Polizeipräsidiums; 1 grüner Rosenkranz, abgehoben von Frau Luise Waga, Predigerstraße 3; 1 goldener Fingerring (gez. W. B. und Datum), abgehoben von Frau Auguste Kolske, Weichselmünde 43a.  
4. Verloren: 1 Eisenbahnfahrkarte für Martha Mehter; 1 schwarze Handtasche, enthaltend ein Portemonnaie mit 1,40 Mark, Necessaire, Messer, Schlüssel und Karten; 1 schwarze Handtasche, enthaltend ein Portemonnaie mit circa 2 Mark, eine goldene Damenuhr, Taschentuch, Schlüssel und Postkarten auf den Namen Charlotte Selke lautend; 1 weißer Reisefragen mit goldener länglicher Brosche; 1 Wirtentafel aus rotem Leder mit Karten für Irene Krause; 1 silberne Damenuhr mit Goldrand (gez. D. B.), ohne Kette und Ring; 1 goldene Damenuhr, am Ring etwas gefaltet und auf der Rückseite ein Nagelköchersträußchen; 1 goldene Damenuhr Nr. 8213, abzugeben im Fundbureau des königlichen Polizeipräsidiums.

### Aus aller Welt

**Ueberflutungen.** Auf beiden Seiten des Uralgebirges herrscht eine ungewöhnliche Ueberflutung. Die Dampfergesellschaften lehnen die Verantwortung für die Beschädigung von Frachten auf den Landungsplätzen ab. In den Geschäftsfabriken sind einige Abteilungen überschwemmt. — Im Uralgebirge und den angrenzenden Gebieten dauern die Verheerungen infolge des Hochwassers an. Eine schreckliche Hungersnot herrscht. 90 Orte und Dörfer sind schwer heimgesucht, 40 Dörfer sind vollkommen zerstört. Mehrere Personen ertranken. Bauholz im Werte von Millionen ist von den Fluten fortgespült worden. — Der Hochwasserstand ist, wie aus Tjumen gemeldet wird, außerordentlich groß. Sommer- und Winterfrüchte sind auf hundert Dehjatinen vernichtet und fast alle Brücken der Tobolsker Poststraße fortgeschwemmt, sowie über hunderttausend aufgestapelte Bauhölzer und über tausend Faden Brennholz. Viel Vieh ist umgekommen. Die Bevölkerung leidet Mangel an Lebensmitteln und Viehfutter.

**Die Leiden der „Columbian“-Schiffbrüchigen.** Die vier Geretteten von dem auf hoher See verbrannten Dampfer „Columbian“ sind in Halifax an Bord der „Seneca“ gelandet. Sie erzählten so edeliche Berichte von ihrem vierzehntägigen Kampfe mit der See im offenen Boot. Die meisten der sieben im Boot angekommenen starben an Seewasser, das sie nach und nach immer leidenschaftlicher tranken. Einige wurden nach und nach wahnsinnig. Ein rittlicher Russe wollte mit einer Axt seinen Gefährten umbringen. Die Leidensgenossen mußten ihm die Axt abnehmen und ihn dann binden, bis er im Kiel des Bootes starb. Im offenen Meere sprach ein Steward dauernd von seinem Traum, daß nach vierzehn Tagen und Nächten alle gerettet würden außer ihm. Am vierzehnten Tage sahen sie in der Tat das rettende Schiff. Die Ueberlebenden, die nicht mehr aufstehen konnten, mußten aus dem Boot gehoben werden. Man nimmt an, daß sie am Leben bleiben werden. Dem ersten Offizier sind die Nerven erlösen und er wird sie wahrscheinlich verlieren.

**Aus alten Chroniken.** In einer Festschrift zur Feier des 300jährigen Bestehens der Münchener-Augsburger Zeitung findet sich folgende kurze Notiz aus Nr. 84 vom 25. März 1835: „Ein Mann ist einem Seher in einer dässigen Buchdruckerlei etwas Außerordentliches begegnet. Derselbe muß wahrscheinlich durch einen Trunk Wasser etwas verschluckt haben, woraus ein Frosch worden ist, der demselben schon längere Zeit unbehagliche Bewegungen im Magen verursachte. Er zieht einen Arzt zu Rate, dieser gibt dem Leidenden ein Brechmittel, und am lehrverfloffenen Sonntag bricht derselbe einen lebendigen Frosch! Das merkwürdigste bei dieser Sache bleibt wohl immer, was diesen Seher zum Wassertrinken verleitet.“

Der Redakteur muß ein arg wasserfurcher Bierphilister gewesen sein; erscheint ihm doch als das merkwürdigste an der höchst merkwürdigen Geschichte, daß ein Mensch überhaupt Wasser über seine Lippen bringt.

**Die Unterfahrlagen der Postbeamten.** In Krakau unterfahrlagen der Postbeamte Josef Wilcek neun Geldbriefe mit 192 620 Kronen und ist dann geflohen. Er wird steckbrieflich verfolgt.

**Verhaftung eines internationalen Gauners.** Ein guter Fang ist den französischen Sicherheitsbehörden gelungen. Sie verhafteten das Haupt einer internationalen Hochstapler- und Falschspielerbande, einen Deutschen, namens Johann Hermann Rehr, der am 3. Juni 1889 in Cuxen geboren ist. Die französischen Behörden wurden von der Staatsanwaltschaft in Berlin und ebens von der deutschen Botschaft in Paris auf die Spur dieses hoffnungsvollen jungen Mannes gebracht, der seinem eigenen Geständnis nach in den letzten fünf Jahren über eine halbe Million Mark besonders im Falschspiel erbeutet hat. Rehr suchte seine Opfer unter jungen Leuten aus vermöglicher Familie; er hatte eine ganze Anzahl von Schleppern zur Verfügung, die ihm die Opfer brachten und denen er irgend ein Gaunerspiel, gewöhnlich das beliebte „Meine Tante, deine Tante“ vorschlug. Bei seiner Verhaftung hatte er nicht weniger als zehn, dem Aufseher nach ganz neue, in Wirklichkeit aber sehr geschickt gezeichnete Kartentafeln bei sich. In Genua, London und Paris besaß Rehr eigene Wohnungen unter den verschiedensten Namen. Auch in Berlin soll er eine Wohnung besessen, jedoch ist er in Deutschland nicht mehr erschienen, seitdem er wußte, daß hier die Staatsanwaltschaft hinter ihm her war. Rehr nannte sich zum meist Freiherr Rehr zu Esch, Freiherr Rehr zu Kollened, Freiherr v. Wennerstein usw. In London war er unter dem Namen Baron John Parker bekannt. Rehr lebte mit einer Halbweibsdame namens Werner zusammen. Mit Rehr zusammen wurde eine Anzahl Schlepper, hauptsächlich Franzosen, verhaftet. Die ganze Bande wird zunächst in Frankreich abgeurteilt und dann den deutschen Justizbehörden übergeben, wo Rehr sich insbesondere wegen Betruges, Hochstaperei, Falschspiels usw. zu verantworten haben wird.

**Seine Ehefrau erschlagen hat der Arbeiter Franz Basse aus Hielonke.** Er war arbeitslos und ging am 11. Mai mit seiner Frau nach Bromberg, um Arbeit zu suchen. Im Walde unterwegs gerieten beide in Streit, weil die Frau dem Manne die Arbeitslosigkeit vorwarf. Schließlich schlug der Mann die Frau mit einem Spaten nieder und bedeckte sie, in der Annahme, sie sei tot, mit Kleibern und Moos. Dann irrte er umher, bis er sich der Polizei stellte. Die Frau hatte inzwischen fünf Tage lang hilflos im Walde gelegen, bis man sie fand. Sie wurde in das hiesige Kreiskrankenhaus gebracht und liegt dort hoffnungslos danieder.

**Automobilunglück.** Nach einer Meldung aus Habelschwerdt fuhr am Mittwoch ein mit Glaser Seminaristen besetztes Automobil auf einem Ausfluge gegen einen Baum und wurde zertrümmert. Der Seminarist Stelzel, Sohn eines Berliner Rektors, wurde getötet, fünf Seminaristen wurden schwer, drei andere und der Führer des Wagens leicht verletzt.

**Schweres Fliegerunglück.** Aus einer Höhe von 20 Meter stürzte in Moskau der Flieger Wjatsky mit dem Mechaniker ab. Desterer war sofort tot, der Flieger hat beide Beine gebrochen.

**Verunglückter Hochtourist.** Der Juweliersohn Diesel aus Düsseldorf, der vor 14 Tagen von Innsbruck eine Hochtour in die Nordette unternommen hatte und seither vermißt wurde, ist als Leiche unterhalb des Hafelehars aufgefunden worden. Die Leiche wurde nach Innsbruck gebracht.

**Ueber das Erdbeben in Sizilien** teilt Professor Ricco, Direktor des Observatoriums von Catania mit, daß das letzte Erdbeben einen sehr beschränkten Umkreis ländlicher Gebiete in Mitleidenenschaft gezogen habe. Die eingeführten Bauernhäuser seien durchweg von schlechter Bauart gewesen. Catania selbst, das auf Sandboden mit sehr solidem Material erbaut ist, erlitt keinen Schaden und konnte keinen erleiden. Die Instrumente des Observatoriums lamen nur wenig in Unordnung.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlich für die Rubriken „Danziger Nachrichten“ und „Aus Westpreußen“ Anton Franken-Danzig, für den übrigen Inhalt des Blattes Hans Wittwisch-Königsberg i. Pr., für Inserate Franz Unterholt-Danzig. Verlag Volkswacht S. Gehl u. Co.-Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

# Arbeiter, Bürger heraus!

## 4 große Volksversammlungen

in **Danzig:** Mittwoch den 27. Mai, abends 8 Uhr, bei Kleppuhn in Schidlitz.  
Referent: Julius Sehl-Danzig;

in **Graudenz:** Mittwoch den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr im „Goldenen Anker“,  
Fährplatz 8. Referent: Adolf Bartel-Danzig;

in **Warrienburg:** Donnerstag den 28. Mai, abends 7 Uhr, bei Schiemann,  
Soppendruck. Referent: Hermann Schulz-Elbing;

in **Warrienerwerder:** Mittwoch den 27. Mai, abends 7 Uhr, bei Treichel,  
Schäferrei. Referent: Otto Peter-Elbing.

Einberufung in allen Versammlungen:

### Die neue Herausforderung des preussischen Volkes durch den Polizeiminister v. Loebell.

Freie Aussprache.

Siehe in die Versammlungen.

Der Einberufer.

### Menschenjochthaus

Bilder vom kommenden Krieg!

Preis 1,00 Mk. **Volksmacht - Buchhandlung, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32**

### Lichtstrahlen.

Wöchentliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter. Herausgegeben von **Julian Borchardt.**

Preis pro Heft 10 Pf. - Zum Abonnement empfohlen. **Buchhandlung Volksmacht, Danzig, Paradiesgasse 32.**

**In Langfuhr**  
laufen Sie Ihre Herren- und Frauen-Kleider zu namenhaften billigen Preisen bei  
**Philipp Schwersenz**  
Hauptstraße 40 a 1512

Herren-Anzüge moderne Stoffe . . . . . von 12,00 an  
Herren-Anzüge auf Rohhaar . . . . . von 18,00 an  
Herren-Anzüge vollständiger Erfah. i. Maß von 25,00 an

**Total-Ausverkauf**  
von Lederschuhwaren, starken Sandalen  
fast alle Größen am Lager  
Preise unter Selbstkosten herabgesetzt.  
**E. B. Schlachter** 1571  
Hellige Weißgasse 141, am Holzmart.

**Neu erschienen:**  
Gewinnung und Schulung der Frau f. d. politische Betätigung  
30 Pf.  
Rosa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer  
10 Pf.  
**Buchhandlung der „Volksmacht“.**

**S. Lazarus**  
Arbeiterbildung  
Maßanfertigung  
Herrenartikel  
Langfuhr  
569/ Hauptstraße 53.  
F. Kuhn, Wasserfr. Str. 80, empfiehlt sein Hut- und Mützensgeschäft.

**Die Nonne**  
Nach monatelanger Konfiskation wieder freigegeben!  
Ein Sittenroman aus dem Klosterleben von Deas Bildrot. Wohl der berühmteste kulturhistorische Roman aller Zeiten. Nur eine Lektüre für gereifte Leser. Preis 60 Pf.  
Zu beziehen durch **Expedition der Volksmacht**

## 11. Ziehung 5. Kl. 4. Preuss.-Süddeutsche (230. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 20. Mai 1914 vormittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die letzte und die zweite Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

I. Abteilung		II. Abteilung	
Gewinn	Nummer	Gewinn	Nummer
50000	110158	50000	110158
10000	111141	10000	111141
5000	112008	5000	112008
2000	113000	2000	113000
1000	114000	1000	114000
500	115000	500	115000
250	116000	250	116000
125	117000	125	117000
62	118000	62	118000
31	119000	31	119000
15	120000	15	120000
7	121000	7	121000
3	122000	3	122000
1	123000	1	123000
1	124000	1	124000
1	125000	1	125000
1	126000	1	126000
1	127000	1	127000
1	128000	1	128000
1	129000	1	129000
1	130000	1	130000
1	131000	1	131000
1	132000	1	132000
1	133000	1	133000
1	134000	1	134000
1	135000	1	135000
1	136000	1	136000
1	137000	1	137000
1	138000	1	138000
1	139000	1	139000
1	140000	1	140000
1	141000	1	141000
1	142000	1	142000
1	143000	1	143000
1	144000	1	144000
1	145000	1	145000
1	146000	1	146000
1	147000	1	147000
1	148000	1	148000
1	149000	1	149000
1	150000	1	150000
1	151000	1	151000
1	152000	1	152000
1	153000	1	153000
1	154000	1	154000
1	155000	1	155000
1	156000	1	156000
1	157000	1	157000
1	158000	1	158000
1	159000	1	159000
1	160000	1	160000
1	161000	1	161000
1	162000	1	162000
1	163000	1	163000
1	164000	1	164000
1	165000	1	165000
1	166000	1	166000
1	167000	1	167000
1	168000	1	168000
1	169000	1	169000
1	170000	1	170000
1	171000	1	171000
1	172000	1	172000
1	173000	1	173000
1	174000	1	174000
1	175000	1	175000
1	176000	1	176000
1	177000	1	177000
1	178000	1	178000
1	179000	1	179000
1	180000	1	180000
1	181000	1	181000
1	182000	1	182000
1	183000	1	183000
1	184000	1	184000
1	185000	1	185000
1	186000	1	186000
1	187000	1	187000
1	188000	1	188000
1	189000	1	189000
1	190000	1	190000
1	191000	1	191000
1	192000	1	192000
1	193000	1	193000
1	194000	1	194000
1	195000	1	195000
1	196000	1	196000
1	197000	1	197000
1	198000	1	198000
1	199000	1	199000
1	200000	1	200000
1	201000	1	201000
1	202000	1	202000
1	203000	1	203000
1	204000	1	204000
1	205000	1	205000
1	206000	1	206000
1	207000	1	207000
1	208000	1	208000
1	209000	1	209000
1	210000	1	210000
1	211000	1	211000
1	212000	1	212000
1	213000	1	213000
1	214000	1	214000
1	215000	1	215000
1	216000	1	216000
1	217000	1	217000
1	218000	1	218000
1	219000	1	219000
1	220000	1	220000
1	221000	1	221000
1	222000	1	222000
1	223000	1	223000
1	224000	1	224000
1	225000	1	225000
1	226000	1	226000
1	227000	1	227000
1	228000	1	228000
1	229000	1	229000
1	230000	1	230000